

# metall



Nr. 10

Oktober 2006  
Jahrgang 58  
D 4713

Das Monatsmagazin der IG Metall

## AKTIONSTAG

# 21 OKTOBER

2006

DGB-Kampagne

# Hingehen



Foto: IG Metall / Renate Schildhauer

**»Vieles deutet darauf hin, dass die geringe Wahlbeteiligung Ausdruck eines massiven Vertrauensverlustes gegenüber der Politik ist. Seit Jahren wird Verzicht gepredigt, Umverteilung von unten nach oben betrieben und der Sozialstaat abgebaut. Die versprochenen Arbeitsplätze bleiben aus.«**

Jürgen Peters,  
Erster Vorsitzender  
der IG Metall

## 21. Oktober – Für einen Politikwechsel

Die Wahllokale in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin waren gerade geschlossen. Erste Hochrechnungen wurden präsentiert. Da wiederholte sich das seit Jahren bekannte Schauspiel: Die vermeintlichen Sieger feiern sich, obwohl es eigentlich keinen Grund dafür gibt. Auch sie haben Stimmen verloren. Die Wahlenthaltung steigt zunehmend. Die Verlierer erklären ihre noch schlechteren Ergebnisse mit unpopulären Entscheidungen in Berlin, zu denen es aber keine Alternative gebe. Eine bessere Kommunikation und zukünftige Erfolge ihrer Politik würden die Nichtwähler schon wieder zurückbringen. Ignoranz und Realitätsverlust auf beiden Seiten.

Vieles deutet darauf hin, dass die geringe Wahlbeteiligung Ausdruck eines massiven Vertrauensverlustes gegenüber der Politik ist. Seit Jahren wird Verzicht gepredigt, Umverteilung von unten nach oben betrieben und der Sozialstaat abgebaut. Die versprochenen Arbeitsplätze bleiben aus.

Die Bürgerinnen und Bürger haben längst erkannt wie erfolglos dieser Weg ist. Sie wollen einen Politikwechsel. Bei der Bundestagswahl vor einem Jahr wurde deutlich: Weder die Fortsetzung der unsozialen Agenda 2010-Politik noch die Verschärfung dieser Politik durch CDU und FDP war gewünscht. SPD und Union wurde der Regierungsauftrag mit einem klaren Votum erteilt: Macht endlich eine Politik, die sozial und gerecht ist und Arbeitsplätze schafft. Dieses Votum wird beharrlich ignoriert. Die Große Koalition hält stur an ihrer Linie fest. Viele Reformen, die teils schon beschlossen, teils erst in Eckpunkten bekannt sind, werden einer sozialen Politik nicht gerecht. Beispiele: Rente mit 67, Unternehmensteuerreform, Gesundheitsreform, Mehrwertsteuererhöhung. Darum wenden sich die Menschen zunehmend von den Regierungsparteien ab. Das haben nicht nur die beiden Landtagswahlen gezeigt. Auch aktuelle Umfragen belegen dies.

Der DGB und die Gewerkschaften werden am 21. Oktober die Regierenden an den Auftrag der Wählerinnen und Wähler erinnern. Mit Demonstrationen in Berlin, Frankfurt am Main, Stuttgart, München und Dortmund. Dies wird der Auftakt einer langfristigen Kampagne für einen Politikwechsel sein. Wir werden Alternativen zur angeblich alternativlosen Politik der Bundesregierung aufzeigen: Für ein solidarisches Gesundheitswesen, das unabhängig vom Geldbeutel eine hochwertige Gesundheitsvorsorge gewährleistet. Für eine Rente, die auch im Alter für ein Leben in Würde reicht. Für eine Steuerpolitik, durch die auch Konzerne ihren Teil zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten. Für eine Arbeitsmarktpolitik, die sicherstellt, dass Arbeit nicht arm macht und durch die der Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz gewahrt bleibt.

Wir wollen erreichen, dass Politik sich wieder an den Sorgen und Ängsten der Menschen orientiert und Vertrauen zurückgewinnt. Macht alle mit.

*Jürgen Peters*

## Streik bei BSH

Der Siemens-Konzern will sein Berliner Hausgerätekwerk dicht machen. Nachdem die Verhandlungen ohne Ergebnis blieben, streiken die Beschäftigten jetzt.

Seite 6



Foto: picture-alliance / dpa / Bachmann



Foto: abs / Jungheinrich AG

## Rückkehrer

Immer mehr Firmen bereuen die Verlagerung ihrer Produktion in den Osten und kehren wieder zurück. Ihre Erwartungen auf Kostenvorteile durch billigere Arbeitskräfte haben sich nicht erfüllt.

Seite 17

## Aus der Redaktion

Kurz vor Redaktionsschluss tickerte die Meldung über die Agenturen, Siemens wolle für seine zwölf Vorstände die Gehälter um 30 Prozent erhöhen. **metall** berichtet in dieser Ausgabe, wie der Konzern seine Berliner Tochter BSH platt machen will. Die Raffgier der Siemens-Bosse hat denn auch bundesweit für Empörung gesorgt. Aber das scheint die Konzernspitze und Aufsichtsratschef Heinrich von Pierer nicht zu beeindrucken. Derzeit bekommen die Siemens-Vorstände im Schnitt 2,49 Millionen Euro pro Jahr. Vorstandschef Klaus Kleinmann erhält 3,27 Millionen Euro. Niemand neidet ihnen das Geld. Aber der bayerische IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer sagt deutlich: »Während tausende Mitarbeiter um ihre Jobs bangen und bereits massive Gehaltseinbußen hinnehmen mussten, hält Raffer Kleinfeld die Hand auf. Der alte Siemens würde sich im Grabe umdrehen.« ◀

## Editorial

Jürgen Peters über den Vertrauensverlust der Politik ..... 2

## Magazin

Stahltarifrunde ..... 4  
 Nextira: Betriebsrat bespitzt ..... 5  
 BSH, Berlin: Streik gegen Schließung ..... 6  
 Lobbyismus: »Christiansen« einseitig ausgerichtet ..... 7

## Titel

DGB Kampagne:  
 Höchste Zeit für bessere Ideen ..... 8

## Serie über Menschenrechte

Recht auf Arbeit ..... 14

## Betriebsreport

ERA: Abgruppierung gemeinsam verhindern ..... 15

## Mitbestimmung

Auf der Überholspur für die Beschäftigten ..... 16

## Rückkehrer

Es geht auch umgekehrt ..... 17

## Report

Paffer ab in die Ecke ..... 20

## Porträt

Zu Besuch bei Barbara Beck ..... 23

## Ratgeber

Burnout: Arbeiten – bis der Akku leer ist ..... 24  
 Qualifizierung: Schlau per Tarif ..... 26

## Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel ..... 28

## Monatsökonom

Ulrich Eckelmann über  
 Finanzinvestoren ..... 30

## Regionales

Aus den Bezirken ..... 32  
 Lokales/Karikatur ..... 35  
 Impressum/Leserbriefe ..... 22

Titelgestaltung: Gudrun Wichelhaus



Warnstreiks in der Stahlindustrie: Der Druck der Belegschaften brachte den Durchbruch

Foto: Manfred Vollmer

## Stahl-Tarifrunde

# »Darauf können wir stolz sein«

**Einmalig 1250 Euro und dauerhaft 3,8 Prozent mehr Einkommen – darauf einigten sich die IG Metall Nordrhein-Westfalen und der Arbeitgeberverband Stahl am frühen Morgen des 21. September.**

Die zehnstündigen Verhandlungen brachten für die rund 85 000 Arbeitnehmer in der Stahl-Branche in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen auch noch einen weiteren Durchbruch: Der Tarifvertrag »Demografischer Wandel« eröffnet neue Beschäftigungsperspektiven für Alt und Jung. Für die Auszubildenden gilt: Die Kosten für Lernmittel werden ab dem ersten Ausbildungstag in voller Höhe von den Betrieben übernommen.

Konkret bedeutet das Ergebnis für die Beschäftigten: Für die Monate September bis Dezember 2006 gibt es 500 Euro, zusätzlich eine weitere Zahlung von 750 Euro. Ab 1. Januar 2007 werden die Einkommen um 3,8

Prozent erhöht. Laufzeit: bis 31. Januar 2008. Bezirksleiter Detlef Wetzel freut sich: »Das Verhandlungsergebnis bringt unseren Mitgliedern einen ordentlichen Anteil an der guten Ertragslage der Betriebe. Darauf können wir stolz sein.« Zum guten Ergebnis hatte vor allem der Druck aus den Betrieben beigetragen: Fast 20 000 Stahl-Beschäftigte waren in der Woche vor dem Abschluss in Warnstreiks getreten.

Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, würdigte die tariflichen Bestimmungen zur Altersveränderung: »Damit haben wir politisches Neuland betreten.« In jedem Betrieb muss nun eine Altersstrukturanalyse erstellt werden, in der auch Belastungen und Qualifikationen festgehalten werden. Daraus kann – in Abstimmung mit dem Betriebsrat – folgen: Belastungsspitzen für Ältere abbauen, altersgerechte Arbeitsplätze einrichten und verstärkte Auszubildende übernehmen. ◀

## Schwerbehindertenwahlen 2006

### Der Countdown läuft – jetzt

**»Wähle Deine starke Seite« – unter diesem Motto werden zwischen 1. Oktober und 30. November in den Betrieben die Schwerbehindertenvertretungen (SBV) gewählt.**

Gewählt werden kann überall dort, wo wenigstens fünf schwerbehinderte oder ihnen gleichgestellte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt sind.

Menschen mit Behinderung wollen im Arbeitsleben nicht benachteiligt werden. Deshalb wählen sie eine eigene Interessenvertretung, welche die für sie geltenden Rechtsvorschriften

überwacht. Große Themen für die SBV sind außerdem Prävention und Rehabilitation. Dazu gehört: Wie können Erkrankungen verhindert werden? Wie kann man Krankheiten überwinden? Immerhin entstehen 84 Prozent aller Behinderungen im Laufe des Erwerbslebens.

Mitmachen und mitgestalten – dazu ruft die IG Metall auf. Umfangreiches Informationsmaterial gibt es bei Betriebsräten, Vertrauensleuten und Verwaltungsstellen der IG Metall. Und außerdem natürlich im Internet: [www.igmetall.de/behinderte](http://www.igmetall.de/behinderte) ◀



## PFLAUME DES MONATS

### Günther Oettinger

Gegen Gesichtslosigkeit hilft bekanntlich, sich zu jeder Diskussion zu Wort zu melden. Diesen Grundsatz beherzigte offenbar **Günther Oettinger**, mischte sich in Rüttgers CDU-Sozial-Debatte ein und setzte gleich an den Wurzeln an. Die CDU habe in der Vergangenheit Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit zu stark betont, verkündete Baden-Württembergs Ministerpräsident voller Überzeugung. Nun mag es

für den ein oder anderen schon eine Überraschung gewesen sein, dass ein CDU-Mann Worte wie Gerechtigkeit und Solidarität kennt und sie sogar unfallfrei aussprechen kann. Auch die Frage, wie man Gerechtigkeit und Solidarität noch weniger betonen kann, lässt sicher manchen grübeln. Noch erstaunlicher war für viele aber sicher, dass es in Baden-Württemberg einen Oettinger gibt. ◀

NextiraOne, Niederlassung Hamburg

## Von Detektiven beschattet



Foto: Cordula Kropke

Auf Dienstreisen überwacht: Günter Lühje, Betriebsratsvorsitzender von NextiraOne in Hamburg

Die NextiraOne Deutschland GmbH (ehemals Alcatel) hat das Betriebsratsmitglied Günter Lühje auf Dienstreisen durch Detektive bespitzeln lassen. Als das Unternehmen glaubte, bei der Abrechnung von Dienstreisen fündig zu sein, verlangte man von Lühje innerhalb von zwei Stunden selbst zu kündigen. Sonst drohe ihm die fristlose

Kündigung wegen Spesenbetrugs. Lühje lehnte dieses erpresserische Angebot ab. Der Gesamtbetriebsrat hat die Geschäftsleitung aufgefordert, die Kündigung zurück zu nehmen und alle Überwachungsaktivitäten einzustellen. Ein Gütetermin vor dem Arbeitsgericht ist gescheitert. Am 11. Oktober ist die erste Verhandlung. Der Gesamt-

betriebsrat wird durch seine Anwesenheit Günter Lühje demonstrativ den Rücken stärken. Lühje ist Betriebsratsvorsitzender der Niederlassung Hamburg. Lühje empfindet die Überwachungsmaßnahmen als schlimmen Übergriff. Unterliegt er in erster Instanz, ist für ihn klar: »Wir klagen das auf jeden Fall durch.« ◀

### Schleswig-Holstein-Streik

## Längster Arbeitskampf

Am 24. Oktober 1956, vor 50 Jahren, begann der längste Arbeitskampf der IG Metall. In Schleswig-Holstein kämpften über 35 000 Metallerinnen und Metaller, vor allem die Werftarbeiter, für die Lohnfortzahlung im

Krankheitsfall für Arbeiter. Wurde ein Arbeiter damals krank, bekam er die ersten drei Tage keinen Lohn, dann neun Tage Hausgeld, schließlich 16 Tage Krankengeld. Das bedeutete in der Regel weniger als die Hälfte eines Monatslohns. Mit diesem Einkommen war auch in den 50er Jahren kein Auskommen. Erstmals wurde ein Streik nicht um die Verbesserung des Lohntarifs, sondern um einen Rahmentarifvertrag geführt. 116 Tage, 16 Wochen bis zum 14. Februar 1957, dauerte der Streik. Dreimal lehnten die Streikenden den Schlichterspruch ab, ehe das Ergebnis in einer Urabstimmung angenommen wurde. ◀



Foto: Walter Grosser

### Enercon

## Skandalöser Umgang

Die Windenergie-Firma Enercon ist ein Öko-Vorzeigeunternehmen. Skandalös ist jedoch der Umgang mit den weltweit 8000 Mitarbeitern. Firmenchef Aloys Wobben kann Gewerkschaften nicht ausstehen. Der Gipfel der Repressalien war die Entlassung von 70 Mitarbeitern der Enercon-Niederlassung im türkischen Izmir. Anlass war deren Eintritt in die türkische Gewerkschaft Birllesik Metal-Is. Birllesik Metal bat die IG Metall um Hilfe. »Wir tun alles, um den Kampf der türkischen Kollegen zu unterstützen«, erklärte IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode. ◀

## Außenansicht

### Bundeswehr

## Teures Militär

Die Haushaltsdebatte im Bundestag geriet zur hellen Freude – für Generäle und Admiräle der Bundeswehr, Rüstungsindustrielle und Politiker, die in einer starken Armee immer noch das wichtigste Attribut eines Staates sehen. Die angekündigte Erhöhung des Verteidigungsetats um eine halbe Milliarde Euro auf 24,3 Milliarden hat lediglich bei der Linken Protest ausgelöst – das übrige Haus hat Beifall gespendet.

Die Debatte fand unter einem für Militärs günstigen Stern statt: Im Nahen Osten wurde nach dem zerstörerischen israelischen Krieg im Libanon ein Waffenstillstand vereinbart, der nun von UN-Truppen kontrolliert werden soll. Noch während der UN-Sicherheitsrat über einer Resolution zur Beendigung der Kämpfe brütete, war sich die Große Koalition darin einig, Bundeswehr in den Nahen Osten zu schicken – erst danach begann man zu überlegen, was sie denn dort überhaupt solle. In Berlin wird nach dem Motto ge-

handelt: Immer wenn die Politik mit ihrem Latein am Ende ist, delegiert sie das Denken an das Militär. Und das kommt uns teuer zu stehen: bei den Renten, der Arbeitsmarktpolitik oder öffentlichen Investitionen in Bildung, Gesundheit oder Verkehr. Die Friedensbewegung wird mit ihrem aktuellen Appell bei den Protesten am 21. Oktober mit dabei sein: »Spart endlich an der Rüstung.« ◀



Foto: FR

**Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag**

## Köpfe

**Erwin Vitt (64)**, bis vergangenen Dezember Mitglied des geschäftsführenden IG Metall-Vorstands, hat die Wanderschuhe angeschnallt. Zusammen mit zwei

Freunden überquert er seit Mitte August den legendären Jakobsweg nach Santiago de Compostela in Spanien.

»Über das Cruz de ferro (1504 Meter) nach

mulinaseca (603 Meter) gewandert«, faxte er Mitte September an sein früheres Büro in der Vorstandsverwaltung, »noch 213 Kilometer bis Santiago. Insgesamt 513 Kilometer gelaufen. Alles o.k.«. Vitt hatte sich vor dem Start im Sauerland fit gemacht. Sein Rucksack enthält nur das Nötigste und wiegt exakt elf Kilogramm. ◀

## Mindestlohn

## Union unter Druck

Der Gewerkschaftsrat der SPD hat sich dafür ausgesprochen, den Niedriglohnsektor zurück zu drängen. Dazu sei das Arbeitnehmer-Entsendegesetz »auf alle Wirtschaftsbereiche« auszuweiten. Auf diese Weise würden »branchenbezogene Mindestlöhne« ermöglicht. Für Branchen, in denen die Tarifentgelte ein Mindestniveau unterschreiten, »wird ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt«, fordert der Gewerkschaftsrat. Maßstab dafür sei der Mindestlohn »unserer wichtigsten europäischen Nachbarländer«. Ob Frankreich (8,03 Euro Mindestlohn) oder Großbritannien (7,36 Euro Mindestlohn) gemeint ist, blieb offen. Dem SPD-Gewerkschaftsrat gehören die Vorsitzenden der DGB-Einzelgewerkschaften an, sofern sie SPD-Mitglied sind. ◀

## Bosch Siemens Hausgeräte, Berlin

## Streik soll Zeichen setzen



Protestmarsch der BSH-Belegschaft in Berlin: Gegen Standortschließung und Verlagerung

**Obwohl der BSH-Konzern (Bosch Siemens Hausgeräte) im vergangenen Jahr eine halbe Milliarde Euro Gewinn erzielt hat, will er den Berliner Standort schließen und die Produktion nach Polen und in die Türkei verlagern.** Kurz vor Druckbeginn haben daher 94,97 Prozent der über 600 IG Metall-Mitglieder für einen unbefristeten Streik gestimmt.

Zuvor hatte die Belegschaft bereits auf einer Betriebsver-

sammlung an die Kolleginnen und Kollegen der anderen BSH-Standorte appelliert, »uns im Kampf für den Erhalt unserer Arbeitsplätze in Berlin Spandau zu unterstützen«. Ein erfolgreicher Streik sei »die beste Absicherung auch für alle anderen Standorte«.

Schon vor Streikbeginn hatten die Räder in Spandau tagelang stillgestanden. Um offene Fragen der Beschäftigten zu beantworten, musste eine Betriebsver-

sammlung verlängert werden. Selbst der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD) und Oskar Lafontaine (Links-Partei) haben das Werk besucht und ihre Unterstützung zugesagt, außerdem Betriebsratsvorsitzende zahlreicher Betriebe wie BMW, Osram oder Infineon.

Betriebsratsvorsitzender Güngör Demirci ist zuversichtlich: »Wir werden mit unserem Streik die Republik bewegen.« ◀

## Mannstaedtwerke, Troisdorf

## Langer Atem zahlt sich aus

**Nach fünfjährigem Kampf ist Metaller Reiner Dworschak (52), Güteprüfer bei den Mannstaedtwerken (Troisdorf), am Ziel:** Seit dem 1. Oktober hat er wieder eine Arbeitsstelle im Betrieb – als Werkstoffprüfer. »Danke an alle, die mir geholfen haben«, freut sich der Metaller.

Fünf Jahre lang hat Dworschak, unterstützt von vielen Kollegen und der IG Metall, gegen Abmahnungen und seinen Rauswurf im Jahre 2004 gekämpft – wohl die Quittung für sein Engagement gegen die angekündigte Einführung von

Samstagsschichten im Walzwerk vor fünf Jahren. Dworschak hatte als Vertrauensmann eine Protesterklärung der Beschäftigten übergeben und gemeinsam mit Beschäftigten protestiert.



Metaller Dworschak: Zwei Kündigungen abgewehrt

Insgesamt musste die Geschäftsleitung zwei Kündigungen und fünf Abmahnungen zurücknehmen. Selbst als das Bundesarbeitsgericht im vergangenen November entschieden hatte, dass auch die zweite Kündigung unrechtmäßig ist, durfte Dworschak elf Monate lang keinen Fuß über die Betriebsschwelle setzen.

Sehr zum Ärger der Beschäftigten: Bei den Betriebsratswahlen im März wählten sie den Metaller in den Betriebsrat. Dworschak erhielt 229 Stimmen, das drittbeste Resultat. ◀

## Ökologische Produktion

## »STATT LÖHNE DRÜCKEN MATERIAL SPAREN«

Mit einem Zehn-Punkte-Papier haben IG Metall und Bundesumweltministerium eine Lanze für ökologischere Produktionsweisen gebrochen. **metall sprach mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD).**

**metall: Schadet ökologisches Produzieren nicht der Wirtschaft?**

**Gabriel:** Nein, im Gegenteil. Wir stehen vor zwei riesigen Herausforderungen: Wir wollen allen Menschen eine bezahlbare Energie- und Rohstoffversorgung sichern, und wir müssen das Klima und die Lebensbedingungen für unsere eigenen Kinder und Enkel schützen. Um diese ökonomischen und ökologischen Herausforderungen zu meistern, brauchen wir eine Industriepolitik mit ressourcen- und energieeffizienten Produkten und Verfahren.

**metall: Welche Vorteile haben Betriebe und Beschäftigte, wenn die Produktion ökologischer wird?**

**Gabriel:** Ein effizienterer Einsatz von Materialien wird ange-

sichts steigender Materialkosten gerade in Bereichen des Automobil- und Maschinenbaus immer wichtiger. So verteuerten sich 2004 unterschiedliche Stahlarten zwischen 40 und 60 Prozent. Allein der Kostendruck bei den Materialien macht ein Umsteuern weg vom verschwenderischen Einsatz von Ressourcen, hin zu einem intelligenten Umgang mit Energie und Rohstoffen notwendig. Hier liegt ein großes Potenzial, Kosten zu sparen und betriebliche Bilanzen aufzubessern.

**metall: Entstehen neue Arbeitsplätze?**

**Gabriel:** Modellrechnungen zeigen, dass eine Steigerung der Energie- und Materialeffizienz in der deutschen Wirtschaft um 20 Prozent möglich ist, und zwar kurzfristig bis 2015. Eine normale Entwicklung des Lohnniveaus unterstellt, kann eine solche Entwicklung bis zu 760 000 Arbeitsplätze bewirken.

**metall: Wie hoch ist das Einsparpotenzial der Betriebe?**

**Gabriel:** Auch hierfür gibt es interessante Berechnungen, die zei-

gen, dass ein geringerer Einsatz von Ressourcen Kostenvorteile bringt. Nehmen wir die Herstellung von Metallerzeugnissen und Herstellung von Anlagen zur Elektrizitätserzeugung oder -verteilung: Diese Branchen bieten bei einem Materialeinsatz im Wert von 18,6 Milliarden Euro oder 10,2 Milliarden Euro (2002) je nach politischen Rahmenbedingungen Einsparpotenziale von 0,8 bis 1,5 Milliarden Euro oder 1,5 bis 3 Milliarden Euro jährlich. Obwohl die Lohnkosten bei weitem nicht den Anteil der Materialkosten im produzierenden Gewerbe haben, diskutieren wir fast täglich über eine effizientere Nutzung des Faktors Arbeit, aber kaum über eine effizientere und umweltschonende Nutzung unserer endlichen Ressourcen. Das muss sich ändern.

**metall: Müsste die Unternehmenssteuerreform nicht umweltbezogene Anreize setzen?**

**Gabriel:** Ich denke, wir müssen in der Steuerpolitik generell weiter überlegen, wie wir richtige Anreize setzen können. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die



Fotopicture-alliance/dpa/dpaweb/Starcke

**Gabriel: Bis zu 760 000 Arbeitsplätze durch ökologischere Produktion**

Ökosteuer grundsätzlich nicht weiter erhöht werden soll. Aber wir haben im Rahmen des Energiesteuergesetzes 2006 wichtige Strukturelemente der Energiebesteuerung neu geregelt, und wir bauen umweltschädliche Steuerbegünstigungen wie die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale ab. Dahinter steht schon die Überlegung, die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit zu reduzieren und auf den Umweltverbrauch zu verlagern. ◀

## Schaubühne für Lobbyismus

## Sabine Christiansen: Sendung mit Schlagseite



picture-alliance/dpa/Metzelbelen

**Moderatorin Christiansen, Lobbyist Merz: Einseitig ausgerichtet**

**Wer es geahnt hat, der kann es jetzt schwarz auf weiß nachlesen:**

Die Sendung »Sabine Christiansen« hat Schlagseite in Richtung wirtschaftsnaher und marktli-

beraler Positionen. Mit ausgewogenem Journalismus hat die Talkshow nichts zu tun. Das ist das Ergebnis einer Studie von Lobbycontrol, einer Initiative

für mehr Transparenz und Demokratie. Christiansen lässt Unternehmer und Wirtschaftsverbände viel häufiger zu Wort kommen als Gewerkschaften und Sozialverbände. Soziale Themen werden tendenziös aufgegriffen. Das zeigen die Sendungen wie »Melkkuh Sozialstaat – sind wir ein Volk von Abzockern?« oder »Arm durch Arbeit, reich durch Hartz IV«.

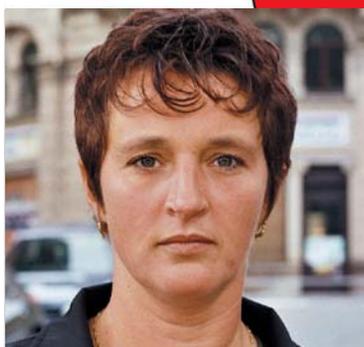
Der Sozialstaat und die Empfänger sozialstaatlicher Leistungen werden als Bedrohung dargestellt. Dagegen wird etwa der Armutsbericht, der belegt,

dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter öffnet, nicht thematisiert.

Unausgewogen ist die Zusammensetzung der Gäste. Sie werden als scheinbar unabhängige Experten vorgestellt. Ihre Verbindungen zu Denkfabriken und Kampagnen wie zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder zur Versicherungsbranche werden nicht genannt. Ihre wahre Rolle als Lobbyisten wird verschleiert. Willig bietet ihnen Christiansen eine Plattform. Die Studie gibt es unter: [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de) ◀



Text: Martina Helmerich, Fabienne Melzer  
 Mitarbeit: Volker Dank, Dirk Erb, Antonela Pelivan  
 Illustrationen: DGB



# Höchste Zeit für unsere Alternativen

**Rente erst mit 67, höhere Mehrwertsteuer, steigende Kassenbeiträge und Steuererlass für Unternehmen? »Das geht besser«, finden der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Einzelgewerkschaften. »Aber nicht von allein.« Gemeinsam rufen sie deshalb zum Aktionstag am 21. Oktober in Berlin, Dortmund, Frankfurt am Main, München und Stuttgart auf. Noch liegt keines der großen Reformprojekte als Gesetz vor. Für unsere Alternativen ist es noch nicht zu spät. Die Gewerkschaften haben sie.**

**E**nde August kam es in Berlin zu einem seltenen Schulterschluss. Gemeinsam mit dem Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hundt forderte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Bundesregierung auf, den geplanten Gesundheitsfonds zu kippen. In ihrer Kritik waren sich beide Seiten ausnahmsweise einig. Der Wi-

erstand gegen die Reformen der Großen Koalition wächst – auf allen Seiten.

IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters kritisiert die Richtung der Regierungspolitik. Sie habe soziale Schieflage. Ob Rente, Gesundheit oder Steuern – überall würden die Lasten von oben nach unten verteilt. »Die Rente mit 67 ist schlicht ein Renten kür-

zungsprogramm«, sagt Peters. Auf dem Arbeitsmarkt wird schon heute für ältere Menschen die Luft dünn. Nur 40 Prozent der über 55-Jährigen sind derzeit noch berufstätig. Viele scheiden vorzeitig aus und verzichten auf Geld. Denn jedes Jahr, das sie vor dem 65. Lebensjahr in Rente gehen, kostet Abschlüsse. Nach den Regierungsplä-



**Ralf Wilke, 38, Montagearbeiter bei Daimler-Chrysler in Bremen**

... Gesundheit für meine Familie und mich auch weiterhin bezahlbar bleiben muss.



**Sonja Straub, 37, VK-Leiterin und Betriebsratsmitglied bei PMG GmbH in Füssen**

... ich mich nicht mehr länger zum Narren halten lassen will, von einer Politik, die mir immer weniger Geld zum Leben lässt.

nen kämen noch einmal zwei Jahre hinzu. Für viele hieße das: Sie arbeiten nicht länger, sondern warten nur länger auf ihre Rente. Angesichts von fast fünf Millionen Menschen ohne Arbeit, sei es einfach absurd, die Arbeitszeit derjenigen zu verlängern, die Arbeit haben, sagt Peters.

Auf großen Widerstand stoßen auch die Pläne zur Gesundheitsreform. Die Gewerkschaften sehen eine weitere Verschiebung zu Lasten der Versicherten. Nach Ansicht von Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand droht »eine Verriesterung des Gesundheitssystems«. Sie befürchtet, dass Beziehener unterer Einkommen überfordert werden. Wissenschaftler kritisieren, dass auch diese Reform die private Krankenversicherung nicht abschafft. Und selbst in den Koalitionsreihen werden die Eckpunkte auf beiden Seiten zerpfückt. Die Bundeskanzlerin reagierte und verschob ihr Reformprojekt erst einmal in den Frühling.

### **Einfluss nehmen und Reformen eine andere Richtung geben**

Während Verbraucher, Berufspendler und Sparer im nächsten Jahr mehr Steuern zahlen sollen, will die Regierung die Unternehmen um fünf bis zehn Milliarden Euro entlasten. Von diesem Milliardengeschenk verspricht sich die Große Koalition mehr Investitionen. Die Erfahrungen der Vorgängerregierung müssten sie jedoch eines Besseren belehren. Bereits die Schröder-Regierung hatte versucht, Unternehmen mit Steuerenkungen zu mehr Investitionen zu locken. Die Rechnung ging nicht auf.

Teile von Finanzminister Steinbrücks Plänen stießen bei der Union bereits auf Widerstand. Gewerkschafter gehen davon aus, dass auch diese Reform noch nicht in trockenen Tüchern ist. Der ursprüngliche Zeitplan wurde ohnehin nicht eingehalten. Eigentlich wollte der Finanzminister schon im Frühjahr eine Reform vorlegen.

Noch ist nichts beschlossen. Es besteht noch die Chance, Einfluss zu nehmen und den Reformen eine andere Richtung zu geben. Zum Beispiel am 21. Oktober, dem Aktionstag der Gewerkschaften. Aber auch danach muss der Druck weitergehen.

## **NUR NICHT KRANK WERDEN**

### **Gesundheit wird wieder einmal teurer**

**Die Bundesregierung will die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen auf neue Füße stellen. Sicher ist bislang: Die Beiträge werden im nächsten Jahr steigen. Wenn es so weiter geht, fürchtet Familie Sander, wird es für sie irgendwann eng.**

Die Familie ist gesund. Das muss bis nächstes Jahr auch so bleiben, sagt Thomas Sander. Denn der finanzielle Spielraum der Sanders aus Duisburg ist schon ziemlich ausgereizt. Eine teure Zahnbehandlung wäre dieses Jahr wohl nicht mehr drin.

Das erste Loch riss die Jahresabrechnung der Stadtwerke ins Familienbudget. 650 Euro mussten Thomas und Jeanette Sander nachzahlen. Zwei Monate später verabschiedete sich die Sofagarnitur. Mit 1000 Euro schlug die neue ins Kontor. »Da war der Urlaub gestrichen«, sagt Thomas Sander, »ernsthaft krank darf jetzt keiner mehr werden.« Der 40-Jährige, der als Maschinist beim Stahlkonzern Mittal Steel in Duisburg arbeitet, sagt es halb im Scherz. Eigentlich gehe es ihnen ja gut – trotz des gestrichenen Urlaubs. Auch mit dem Gesundheitssystem sind die Sanders noch zufrieden. »Im Vergleich zu anderen Ländern sind wir in Deutschland noch am besten dran.«

Dennoch bleibt im Hinterkopf die Angst, sich Gesundheit auf Dauer nicht mehr leisten zu können. Thomas Sander fällt ein Satz aus einem Vortrag ein: »Der Arbeiter der Zukunft hat keine Zähne mehr im Mund«, hieß es da. Es könnte was dran

sein, fürchtet Sander. Wie teuer Zahnbehandlungen sind, weiß die Familie aus eigener Erfahrung. Jeanette Sander hatte immer wieder Probleme mit den Zähnen. Dreistellige Rechnungen waren nicht ungewöhnlich. »Ich brauche eine spezielle Zahnreinigung. Die kostet mich rund 130 Euro«, sagt die 37-Jährige, die im Einzelhandel arbeitet. Da sind die 10 Euro Praxisgebühr noch gar nicht eingerechnet. Seit sie beim Arzt Eintritt bezahlen muss, denkt Jeanette Sander schon darüber nach, ob sie den einen oder anderen Arztbesuch nicht verschiebt. Besonders wenn das Quartal sich gerade dem Ende entgegen neigt. »Wenn ich dann einen Anschlusstermin brauche, bin ich gleich wieder 10 Euro los.« Thomas Sander findet es paradox: »Wir müssen immer mehr aus eigener Tasche zahlen. Und die Beiträge sollen steigen.«

### **Familie Sander aus Duisburg: Thomas (40), Jeanette (37) und Jil (7)**

**Thomas und Jeanette Sander leben mit ihrer Tochter Jil in Duisburg. Es bleibt die Angst, sich Gesundheit auf Dauer nicht mehr leisten zu können.**



Ich gehe  
am 21.  
Oktober  
2006 zur  
Demo,  
weil ...



**Wolfgang Kleber, 42, Qualitätsbeobachter bei Mittel Steel in Duisburg**

... die Mitbestimmung nicht angetastet werden darf.

Foto: Manfred Vollmer

**Wolfgang Krause, 51, Betriebsratsmitglied bei PFW-Aerospace AG in Speyer**

... ich mich als Gewerkschafter gegen Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben wehren will.

**Dorothee Arndt, 48, ALG II-Empfängerin aus Rostock**

... mir und meiner schulpflichtigen Tochter durch die Hartz IV-Verschärfung dringend benötigtes Geld fehlt.

**Nuccio DiPelo, 26, Betriebsratsmitglied J. G. Anschütz GmbH in Ulm**

... die geplante Gesundheitsreform eine Mischung der schlechtesten Ideen ist, die SPD und CDU auf Lager haben.

**Norbert Masson, 48 Jahre, BR bei Imtech in Rastatt, Vorsitzender Handwerksausschuss Gaggenau**

... ich gegen die menschenverachtende neoliberale Politik bin.

**Ingrid Liebenow, 50, ALG II-Empfängerin aus Stralsund**

... ich mit 50 Jahren keine Arbeit mehr bekomme und mit 65 auch keine mehr will.

## ANGEBLICH ZWÖLF CENT ZUVIEL

### Immer mehr Menschen müssen zu Dumpinglöhnen arbeiten

Immer mehr Menschen in Deutschland arbeiten täglich acht Stunden und haben trotzdem nicht genug zum Leben. Man nennt sie Geringverdiener oder Opfer von »working poor«. **metall** traf eine Textilarbeiterin im Erzgebirge.

»Am Monatsende wird es mit dem Geld verdammt eng«, sagt Eva Bertram (Name von der Redaktion geändert). Eva Bertram arbeitet in einer Teppichfabrik im Erzgebirge. Das Billiglohnland Tschechien grenzt unmittelbar an das Firmengelände. Das ist einer der Gründe, warum die Arbeit der Weberin so abgrundtief schlecht bezahlt wird.

Eva Bertram bekommt in der Stunde 5,10 Euro. Je nach Schicht gibt es Zuschläge zwischen 77 Cent und 1,79 Euro. Wäre der Betrieb tarifgebunden, würde sie als gelernte Fachkraft fast das Doppelte verdienen. So aber kommt sie im Monat gerade mal auf 750 Euro netto, von denen sie sich und ihre zwei Söhne ernähren muss. »Zu DDR-Zeiten hatte ich einen guten Verdienst, das Leben war günstig«, sagt sie. Jetzt, 17 Jahre nach der Wende, gehört

sie zu den »working poor«. 40 Stunden in der Woche steht sie an der Webmaschine, wuchtet 25 Kilo schwere Garnspulen und muss über Kopf arbeiten. Urlaub kann sie sich seit Jahren nicht mehr leisten.

2002 wurde Eva Bertram in den Betriebsrat gewählt und Vorsitzende des Gremiums. 4,85 Euro Grundlohn bekam sie damals pro Stunde. Irgendwann dachte sie, dass es so nicht weitergehen kann. Unterstützt von der IG Metall verklagte sie ihren Arbeitgeber wegen sittenwidrig schlechter Bezahlung.

Die Entscheidung des Gerichts macht sie heute noch fassungslos. Angeblich zwölf Cent lag ihr Verdienst über der Grenze zum Lohnwucher. Das Gericht hatte beim Vergleich mit ortsüblichen Löhnen einen Mittelwert angenommen. Wegen eines Zeitungsberichts über die Klage kündigte der Arbeitgeber ihr fristlos. Das Arbeitsgericht erklärte die Kündigung zwar für nichtig, so dass sie ihre Stelle behielt. Doch zufrieden ist sie mit dem Ausgang des Verfahrens nicht und hofft auf die Einführung eines Mindestlohns. »Ich verdiene immer noch viel zu wenig.«

### Teppichweberin im Erzgebirge, Betriebsratsvorsitzende

Mit 5,10 Stundenlohn gehört sie zu den Geringverdienern in Deutschland



Foto: Babette Brandenburg

Ich gehe  
am 21.  
Oktober  
2006 zur  
Demo,  
weil ...



Foto: Katharina Weber

**Sybille Brandenburger, 42, Betriebsratsvorsitzende Selzer Automotive in Driedorf**

... ich es Leid bin, dass die Unternehmen weiter beschenkt werden und wir die Haushaltslöcher mit der höheren Mehrwertsteuer stopfen sollen.



Foto: Becher & Bredet

**Mahmut Celik, 44, Betriebsratsvorsitzender Halberg Guss Saarbrücken**

... ich gegen die Rente mit 67 bin, denn bei uns in der Gießerei sind die Kolleginnen und Kollegen froh, wenn sie bis 55 durchhalten.

## ARBEITEN BIS ZUM UMFALLEN

### In Rente erst mit 67 – Wie soll das gehen?

**Erst mit 67 ohne Abschlüge in Rente gehen – für viele eine Horrorvorstellung. Das gilt erst Recht für Bereiche, in denen unter extremen Belastungen und im Schichtbetrieb gearbeitet wird. Wie in der MTK Sachs Gießerei in Kitzingen bei Würzburg. metall sprach mit einem Kollegen, für den die Rente in noch weiter Ferne liegt.**

Gelernt hat Jürgen Pfaff, 46, ursprünglich Weinhandelsküfer. Da arbeitete er im kühlen Keller. Dann wechselte er zur MTK Sachs Gießerei in Kitzingen. Dort arbeitet er seit 26 Jahren im Schmelzbetrieb. Unter extremen Bedingungen. Im Sommer klettert das Thermometer in der Halle stellenweise auf 80 Grad. Häufig ist Kohlenmonoxid-Alarm in der Gießerei, weil zu wenig Frischluft zugeführt wird. Bei schwülem Wetter steht die Luft, wenn die Öfen die 1500 Grad heiße Schmelze ausspucken. Oft arbeitet Pfaff 56 Stunden in der Woche. Kaum ein Samstag ist arbeitsfrei. Sonntag früh, wenn andere ausschlafen, muss er zur In-

standhaltungsschicht antreten. »Viel Freizeit hab' ich nicht«, sagt Pfaff. Kein Kollege hält das aus, bis er 65 ist. Zu den gesundheitlichen Folgen des Knochenjobs, wie Atemwegserkrankungen und Gelenkverschleiß, kommen immer mehr psychische, stressbedingte Probleme. Viele Beschäftigte retten sich in die Altersteilzeit. »Wer es sich finanziell erlauben kann, geht so schnell wie möglich raus.« Doch das Gesetz über Altersteilzeit läuft 2009 aus.

Die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 würde Jürgen Pfaff voll treffen. Wenn er eher aufhören will, muss er hohe Abstriche bei seiner Rente in Kauf nehmen. Pfaff ist der einzige Verdiener in der Familie. Die beiden Söhne gehen noch zur Schule und auch das Haus ist noch nicht abbezahlt. Die Rentenpläne der Bundesregierung hält er schlicht für Wahnsinn. Pfaff ist Mitglied des Betriebsrats, dreimal wurde er wiedergewählt. Da ist es für ihn selbstverständlich, an den Protestaktionen im Herbst

teilzunehmen. »Es geht schließlich um die Zukunft meiner Kinder und darum, ob ich meine Rente erlebe«, sagt Pfaff. Dafür verzichtet er auf den freien Samstag und fährt am 21. Oktober mit 50 Kollegen nach München.

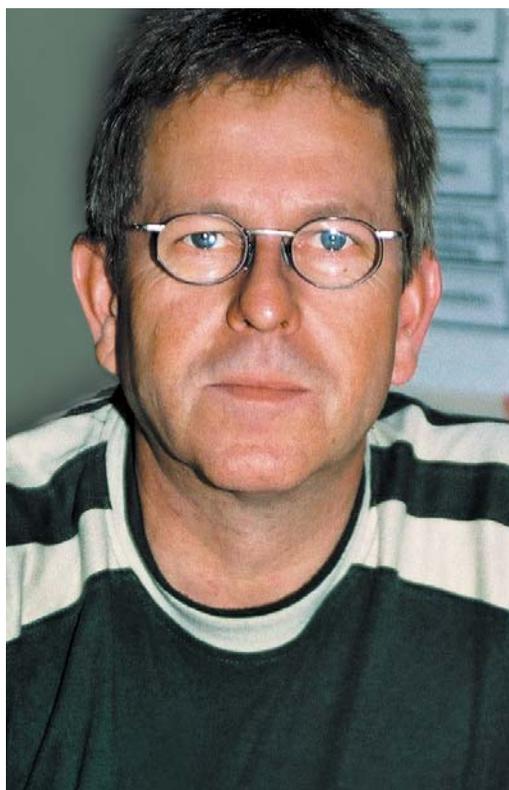


Foto: Gudrun Kerschenscheiner

**Jürgen Pfaff, 46, Gießerei Sachs in Kitzingen, Betriebsrat**

»Die Rentenpläne der Bundesregierung sind ein schlichter Wahnsinn«

# IN DER HARTZ IV-MÜHLE

## ALG II-Empfängern drohen weitere Verschärfungen



Foto: Alvaro Theodoro da Silva

**Marieluise Jablonski, 54, gelernte Industriekauffrau, ALG II-Empfängerin**  
Schreibt eine Bewerbung nach der anderen – einen neuen Job hat sie bisher nicht.

**Als Arbeitsloser und Hartz IV-Empfänger ist man in Deutschland ohnehin schon abgestempelt. Doch die Politik will die Regeln für Hartz IV noch weiter verschärfen. metall sprach mit einer Betroffenen in Göttingen.**

Marieluise Jablonski, 54, gibt nicht schnell auf. Seit die Industriekauffrau 2003 ihren Arbeitsplatz verlor, sucht sie fieberhaft nach einer neuen Stelle. Allein seit Mai hat sie über 50 Bewerbungen abgeschickt. Sie bewirbt sich im großen Umkreis um ihren Wohnort Göttingen. Manche Bewerbungen bekommt sie schon nach wenigen Tagen zurück. »Die haben sich nicht mal die Mühe gemacht, sie zu lesen«, sagt Jablonski. »Wegen meines Alters werde ich einfach aussortiert.«

Seit Juni steckt sie in der Hartz IV-Falle. »Das war ganz furchtbar, da rein zu rutschen«, sagt sie. Arbeitslosengeld II heißt in ihrem Fall 345 Euro plus Mietzuschuss. Ein Jahr lang erhält sie ein Überbrückungsgeld von 160 Euro im Monat. Ihre Genossenschaftswohnung ist eigentlich sehr preiswert, aber immer noch 90 Euro teurer als das Amt erlaubt. Um hier wohnen zu bleiben, buttert sie Ersparnisse bei. »Wie ich die Zeit bis zur Rente in elf Jahren überbrücken soll, ist mir schleierhaft.« Besonders erbittert sie der

Hickhack um ihre Lebensversicherung. Die hätte sie mit 60 Jahren ausgezahlt bekommen. Aber sie wurde gezwungen, die Vertragsdauer auf 65 Jahre abzuändern. Hätte sie sich geweigert, hätte sie kein Arbeitslosengeld II bekommen, weil ihr dann die Lebensversicherung als Vermögen angerechnet worden wäre. Die Begründung der Behörde war hanebüchen. Es müsse die Verwertung der Lebensversicherung bis zum Eintritt in den Ruhestand ausgeschlossen sein. Und da das Renteneintrittsalter in Deutschland zurzeit bei 65 Jahren ist, müsse eben eine Verwertung bis zum 65. Lebensjahr ausgeschlossen sein.

Vor einer gerichtlichen Klage dagegen schreckte sie zurück. Sie hätte nicht gewusst, wovon sie während des Verfahrens hätte leben sollen. »Mein Rentenbezug wird dadurch wesentlich schlechter«, empört sich Jablonski. »Ich werde dafür bestraft, dass ich mich frühzeitig um meine Altersversorgung gekümmert habe.« Die IG Metalllerin wird deshalb am 21. Oktober bei den Protesten in Berlin dabei sein. Jablonski befürchtet weitere Verschlechterungen bei Hartz IV. »Ich habe es satt zu hören, dass wir Arbeitslosen faul sind, nur Geld kassieren und nichts dafür tun wollen«, sagt Jablonski.



Ich gehe  
am 21.  
Oktober  
2006 zur  
Demo,  
weil ...

**Bernd Keil, 55, Vertrau-  
enkörperleiter bei SKF  
GmbH in Schweinfurt**

... die Erhöhung der Lebensarbeitszeit nichts anderes ist, als ein Trick zur Rentenkürzung. Denn auch in Zukunft werden die Menschen vorzeitig in Rente gehen müssen.

**Dietmar Puttins, 41,  
Elektriker bei Mittel  
Steel in Duisburg**

... ich nicht will, dass wir im Gesundheitssystem bald eine Zwei-Klassen-Gesellschaft haben.



Foto: Manfred Vollmer

**Fatma Kar, 19, Schüle-  
rin in Eisenach**

... ich nicht einverstanden bin, dass Gesundheit für Besserverdiener und Reiche reserviert sein soll.

Foto: Norman Weßner





# DIE MENSCHENRECHTE



Illustration: PD/Anville

## Artikel 23

»Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.«

Zu viele Menschen arbeiten unter unwürdigen Bedingungen. Sie werden wie eine Ware behandelt. Weltweit müssen sich Politik und Wirtschaft für das Recht auf Arbeit einsetzen.

**Wer Armut bekämpfen will, muss das Recht auf Arbeit ernst nehmen. Davon ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) überzeugt. Das Recht auf Arbeit bedeutet nicht, dass jeder Mensch einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz hat. Aber er hat das Recht, von seiner Arbeit leben zu können. Für viele Menschen ist das nicht selbstverständlich.**

Noch immer arbeiten Menschen rund um den Globus unter menschenunwürdigen Bedingungen. 14-Stunden-Tage, ungesunde Arbeitsplätze und Hungerlöhne sind für viele Alltag. Wer sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehrt oder sich organisiert, verliert nicht selten seinen Job.

### Arbeit ist keine Ware

Die UNO hat das Recht auf Arbeit schriftlich festgelegt. Die ILO will es in die Praxis umsetzen. »Wir wollen die Globalisierung für alle fairer gestalten«, sagt Nicola Liebert, Pressesprecherin des ILO-Büros in Berlin. Denn zum Recht auf Arbeit gehört nicht nur, einen Beruf frei wählen zu können. Arbeit muss auch soziale Sicherheit gewährleisten. Und das Einkommen muss zum Leben reichen. »Arbeit ist keine Ware. Sie hat immer

auch soziale Elemente«, sagt Nicola Liebert. Dennoch wird Arbeit nicht selten wie eine Ware behandelt – überall dort, wo Unternehmen Arbeitskräfte ausbeuten. Hier müssen Regierungen gegensteuern. Denn der Markt nimmt keine Rücksicht auf Schwache. Sie brauchen besonderen Schutz.

### Wachstum reicht nicht

»Wir dürfen nicht alles den Kräften des Weltmarkts überlassen. Es stimmt einfach nicht, dass offene Märkte von sich aus Arbeitsplätze schaffen«, sagt Nicola Liebert. Das zeigen Boomregionen wie China oder Osteuropa, in denen trotz enormen Wachstums noch immer

sehr hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Doch auch Industrieländer wie Deutschland könnten sich mehr für das Recht auf Arbeit einsetzen. Zwar ist das Recht auf Arbeit in Deutschland durch die freie Berufswahl durchaus gewährleistet. Aber nach Ansicht der ILO kann in der Bundesrepublik mehr für Beschäftigung getan werden. »Eine Arbeitsmarktpolitik, die nur auf Wachstum baut, reicht nicht«, sagt Nicola Liebert. »Sie muss auch Anreize für Beschäftigung schaffen.« Da seien auch die Unternehmen gefordert, sich ihrer sozialen Verantwortung zu stellen. ◀

Fabienne Melzer

### Faire Regeln für den Weltmarkt

**In ihrer Verfassung hat sich die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ein nicht gerade kleines Ziel gesteckt.** Es lautet: »Sicherung des Weltfriedens durch Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen.« Die ILO kämpft weltweit für bessere Arbeitsbedingungen. Seit ihrer Gründung 1919 setzt sie sich für die Formulierung und Einhaltung von Arbeitsnormen ein. Sie fordert faire Regeln in der Weltwirtschaft, um Wettbewerb auf Kosten der Menschen und ihrer Arbeitskraft zu verhindern. [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

► Die Serie »Menschenrechte« will dazu beitragen, dass die Menschenrechte nicht in Vergessenheit geraten. ◀

Viele Beschäftigte beim Siemens-Gerätewerk in Erlangen denken: »Tatsächlich mache ich doch viel mehr, als die Chefs wissen«

Foto: Siemens

**Der Siemens-Betriebsrat befürchtet, dass der Konzern die Beschäftigten pauschal eingruppiert, statt individuelle Aufgabenbeschreibungen zu erstellen. Viele Beschäftigte könnten so auf Dauer Geld verlieren. Das will der Betriebsrat verhindern und bezieht die Beschäftigten aktiv in den ERA-Prozess ein.**



## Era-Eingruppierung bei Siemens A&D in Erlangen

# »Abgruppierung gemeinsam verhindern«

**D**er Tagungsraum des Betriebsrats ist halb verdunkelt. Siemens-Betriebsrat Reiner Arneth blickt in ein Dutzend erstaunte Gesichter, die auf die Präsentation hinter ihm gerichtet sind. »Euer jetziges Einkommen ist gesichert«, beruhigt er, »aber wenn Eure neue Eingruppierung schlechter ist als bisher, dann habt Ihr in den Folgejahren geringere Einkommenszuwächse. Das müssen wir gemeinsam verhindern.«

Dies ist heute die dritte ERA-Infoveranstaltung. Seit Mai wurden die knapp 3000 Beschäftigten abteilungsweise für das gemeinsame Vorgehen bei der Einführung des Entgeltrahmen-Tarifvertrags (ERA-TV) fit gemacht. In insgesamt mehr als 80 Veranstaltungen. Das Ziel: Vom ersten Oktober bis zum ersten April 2007 werden alle Beschäftigten nach ERA eingruppiert. »Entscheidend ist Eure Aufgabenbeschreibung. Ihr selbst wisst am besten, was ihr tatsächlich alles macht. Ihr seid unsere Fachleute – arbeitet mit«, fordert Arneth.

Der Betriebsrat befürchtet, dass Siemens die Beschäftigten nach internen Vorgaben eingruppiert, statt individuelle Aufgabenbeschreibungen zu erstellen. Dabei können Arbeitsaufgaben unter den Tisch fallen und

Eingruppierungen schlechter ausfallen. Der Betriebsrat will statt dessen für jeden eine individuelle Aufgabenbeschreibung, wie im Tarifvertrag vorgeschrieben. Dafür führt er viele Einzelgespräche. Die Beschäftigten füllen zuvor einen Fragebogen aus, mit dem die für die Eingruppierung relevanten Arbeitsaufgaben ermittelt werden. Die Reaktionen sind oft ähnlich: »Wenn die mich nach meinen offiziellen Arbeitsaufgaben eingruppiert, lande ich ja zwei Entgeltgruppen weiter unten. Tatsächlich mache ich doch viel mehr, als die wissen.«

### Beteiligung statt Bevormundung

Zwar hat eine schlechtere Eingruppierung zunächst keinen Einkommensverlust zur Folge, die fehlende Differenz zum bisherigen Gehalt wird voll ausgeglichen. Doch danach wird die so genannte Ausgleichszulage teilweise mit den Tarifierhöhungen verrechnet. Das Entgelt wächst langsamer. Nach einigen Jahren könnte das die Betroffenen monatlich mehrere hundert Euro kosten.

Der hohe Aufwand bei den ERA-Eingruppierungen lohnt sich. Davon sind die Metalloberinnen und Metaller im Betriebsrat über-

zeugt. »Wir haben viele Hochqualifizierte. Auch die Gewerblichen arbeiten in hohem Maße eigenverantwortlich. Die wollen keine Bevormundung durch Stellvertreter«, erklärt Betriebsratsmitglied und Vertrauenskörperleiter Helmut Saffer. »Wir wollen möglichst alle Kolleginnen und Kollegen einbinden.«

Mit dieser Politik haben die Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen gemacht: Jährlich werden hundert Mitglieder gewonnen. Und bei der Betriebsratswahl im Frühjahr hat die IG Metall 17 von 21 Betriebsratssitzen errungen. Der IG Metall-Vertrauenskörper sieht gerade bei ERA ein Thema, das auch die Hochqualifizierten interessiert. »Die werden von oben immer mehr gegängelt. Die neue ERA-Eingruppierung ist da nicht zuletzt eine Frage der Wertschätzung ihrer Arbeit«, meint Saffer.

Im Anschluss an die ERA-Infoveranstaltung stellt Betriebsrat Arneth der Gruppe auch gleich noch den Tarifabschluss 2006 vor. Viele bei Siemens sind noch nicht Mitglied der IG Metall. »Bis zu fünf Prozent habt ihr insgesamt in diesem Jahr mehr. Ein Prozent für die IG Metall ist da doch drin.« ◀

Dirk Erb

# AUF DER ÜBERHOLSPUR: FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN



Jürgen Dorn: Schmalere Grat zwischen Ko-Management und Arbeitnehmerinteressen

**Mitbestimmung – für Gewerkschafter ein schönes Wort. Aber auch ziemlich abstrakt. In rund 2800 deutschen Unternehmen sitzen etwa 5700 Arbeitnehmervertreter als Aufsichtsräte. Sie beraten über die Geschicke des Unternehmens, sie bekommen Informationen und führen für ihre Tätigkeit Tantiemen ab. Aber haben sie Macht? Ja – und nein, findet Jürgen Dorn, im Aufsichtsrat bei MAN Nutzfahrzeuge in München.**

Schlaflose Nächte? Niemals. Am Anfang vielleicht, aber jetzt? »Dann könnte ich meinen Job gar nicht machen.« Am Anfang, das war vor fünf Jahren, als Jürgen Dorn mit einem Mal ganz vieles war: Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Nutzfahrzeuge, Mitglied im Konzernbetriebsrat, im europäischen Arbeitnehmerforum und dann auch noch im Aufsichtsrat. Ein bisschen viel für den damaligen Mittdreißiger? Nicht für Dorn. Er weiß, was er will. Und was er kann. Zum Beispiel reden. Als er Betriebsrat wurde, hat er als erstes einen Rhetorik-Kurs belegt.

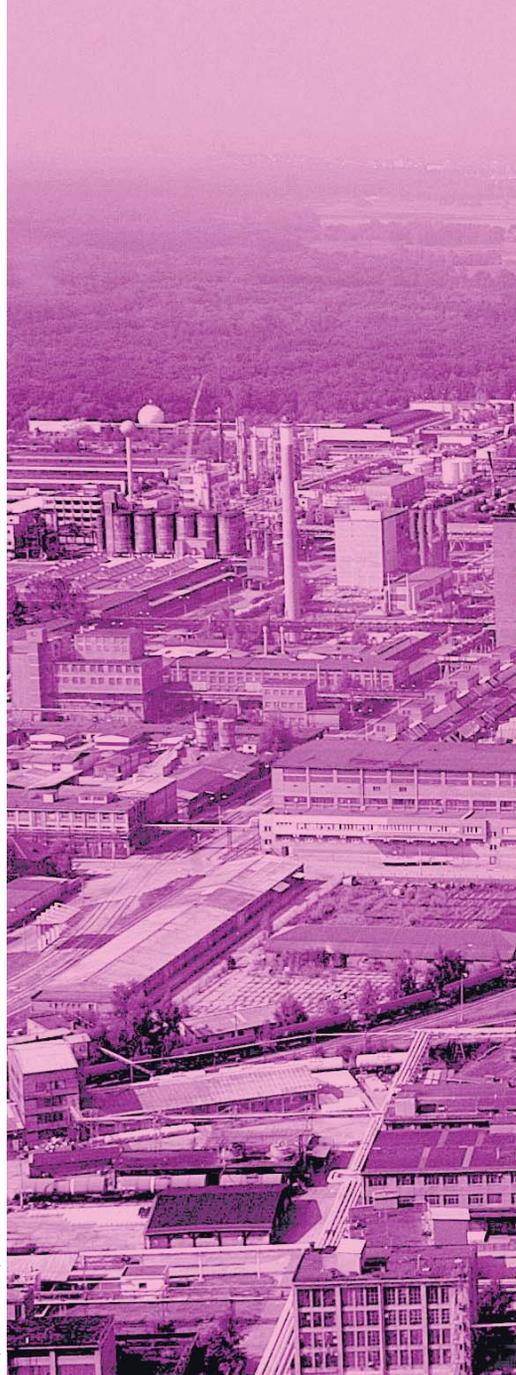
Gerade eben wird bei MAN ein besonders großes Rad gedreht: die mögliche Übernahme des schwedischen Konkurrenten Scania. Solche Entscheidungen sind Sache der Konzernspitze, bei diesen Prozessen ist die Mit-

bestimmung außen vor. Das gilt auch bei Verlagerungsplänen. Gegen ein neues Werk in Polen können sich die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nicht sperren – aber sie können die Bedingungen dafür aushandeln: Was dort gebaut werden soll, und wie man in Deutschland Kosten senken und Arbeitsplätze halten kann. »Die Globalisierung macht vor MAN nicht Halt«, weiß Jürgen Dorn, »Wir müssen intelligente Lösungen finden, um weiter hier zu produzieren. Prinzipiell muss die Expansion ins Ausland nicht schlecht für die deutschen Standorte sein.« Man muss als Vertreter der Arbeitnehmer Paroli bieten können – das hat Dorn schnell gelernt. Wenn man nicht nur einfach »nein« sagt, sondern der Geschäftsleitung Alternativen vorlegt, verschafft man sich Respekt.

Wie groß ist die Gefahr, unversehens zum »Ko-Manager« des Unternehmens zu werden? Dorn, im schicken Nadelstreifen und modischem Strubbelhaar, zögert: »Es ist ein schmaler Grat.« Aber er kennt seine Kriterien genau: »Die Interessen der Beschäftigten gehen immer vor. Aber ich muss mich in meinen Gegner versetzen können. Wir haben meistens das gleiche Ziel, aber wir schlagen unterschiedliche Wege vor. Man darf sich im Aufsichtsrat nie zum Werkzeug des Arbeitgebers machen lassen.« Etwa, wenn es um die Verschlingung des Betriebs geht. Einfache Tätigkeit wird man in der deutschen Industrie auf Dauer nicht halten können. Aber wenn man das weiß, muss man vorsorgen: qualifizieren, Arbeit wieder eingliedern, im Betrieb ganz neue Lösungen suchen.

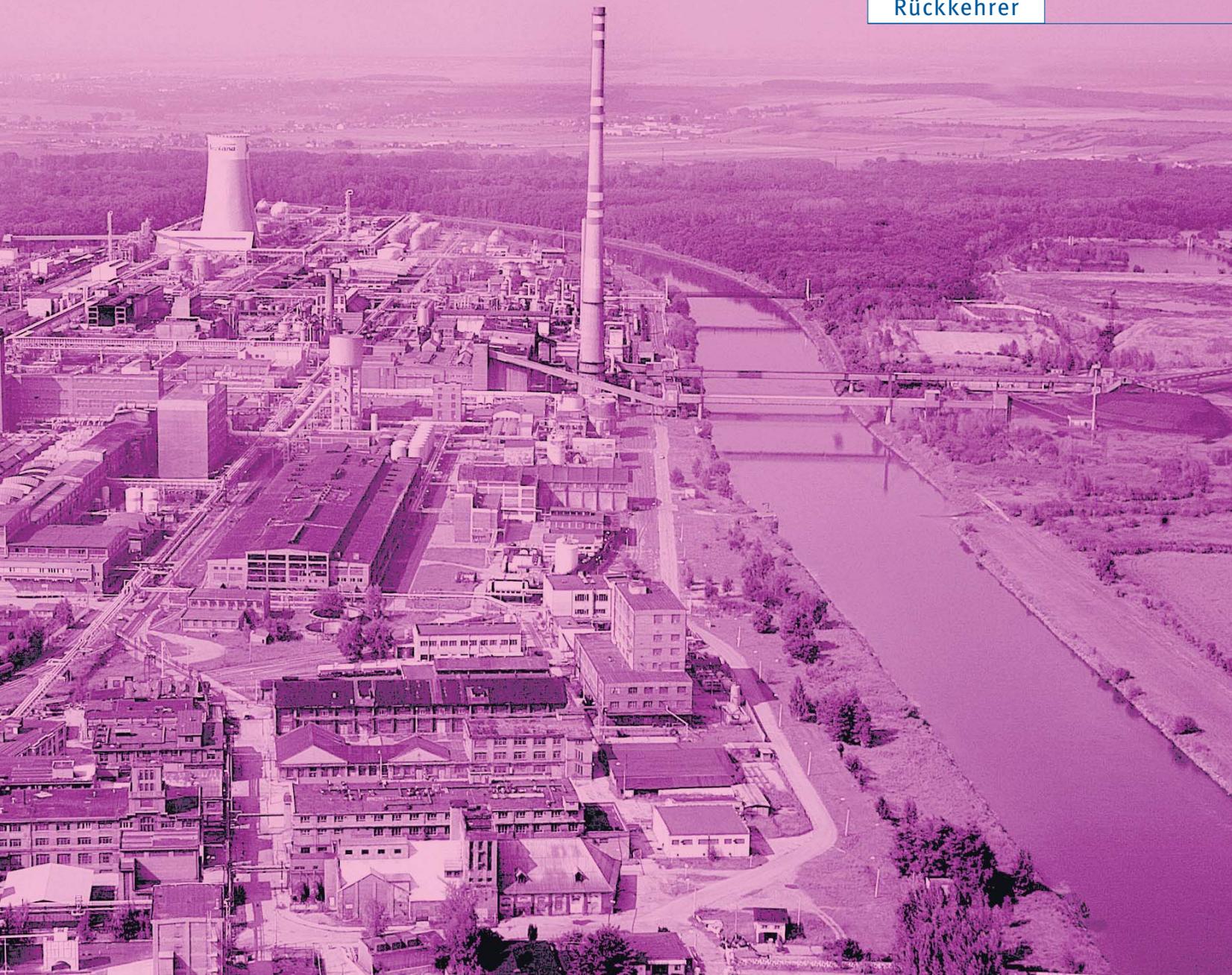
Da hat Jürgen Dorn auch nach wie vor Bodenhaftung. Zwischen den Terminen, den Reisen, den ständigen Sitzungen muss immer Zeit sein für ein Gespräch mit den Kollegen – bloß nicht abheben. Dazu kommen die Betriebsversammlungen, auf denen er anschaulich macht, was sie da eigentlich tun im Aufsichtsrat. Das kommt gut an bei den Beschäftigten. Sie sind froh über mehr Transparenz im Entscheidungsdickicht des Unternehmens. Eine ganze Reihe sind gerade in den letzten Wochen in die IG Metall eingetreten. Professionalität überzeugt eben. ◀

Gabriele Prein



Fotographie-alliance / dpa / Kumm

**Niedrigere Kosten sind das Hauptargument, wenn Arbeitgeber Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Doch oft geht die Rechnung nicht auf. Jeder vierte bis fünfte Verlagerer kehrt nach zwei Jahren nach Deutschland zurück. Viele aus Kostengründen.**



# Back West

**W**ahrscheinlich hätte es Jürgen Almang getroffen. 150 Arbeitsplätze wollte sein Arbeitgeber nach Osteuropa verlagern. Almangs Arbeitsplatz wäre wohl dabei gewesen. Der Konstruktionsmechaniker arbeitet bei dem Kranbauer Terex-Demag in Zweibrücken. Mit seinen 33 Jahren gehört er zu den jüngeren im Stahlbau. »Ich habe keine Familie. Ich hätte wohl gehen müssen.« Doch Anfang des Jahres änderte Terex-Demag die Verlagerungsrichtung. Nach Jahren der Ostwanderung heißt es nun: Go west. Ein Teil der Produktion kommt aus Osteuropa zurück nach Zweibrücken. Denn in der Pfalz, stellte das

Unternehmen fest, können viele Teile am günstigsten produziert werden.

Der Weg zur Erkenntnis führte über Polen, Tschechien und Ungarn. Ende der 90er Jahre verlagerte Terex-Demag Teile des Stahlbaus nach Osteuropa – aus Kostengründen. Kranteile wurden dort zusammengesweißt und in Zweibrücken montiert. Fast 400 Arbeitsplätze gingen in Zweibrücken verloren. Vor zwei Jahren schmiedete Terex-Demag weitere Verlagerungspläne, erzählt der Betriebsratsvorsitzende Karl Metzger. In Zweibrücken sollten nur noch Prototypen entwickelt und gebaut werden. Noch einmal standen 150 Arbeitsplätze auf der Kippe.

## Blick durch die rosa Brille

Beim Auslandsgeschäft schauen Unternehmen oft nur auf niedrige Lohnkosten, und verlieren dabei sogar einfachste Grundsätze aus dem Blick

Anzeige

**MetallRente** 

**MetallRente.Riester  
Das Plus  
für deine Rente.  
AVWL jetzt beantragen!**  
Info unter [www.metallrente.de](http://www.metallrente.de)

Der Betriebsrat hatte die Kostenrechnung des Unternehmens immer bezweifelt. Nur Löhne miteinander vergleichen, das erschien ihm zu einfach. Schließlich lief die Fertigung nach der Verlagerung längst nicht mehr so reibungslos. Die Produktion stand oft still, weil Teile fehlten. Früher konnten Fehler auf kurzem Weg zwischen Stahlbau und Planung ausgebügelt werden. Nun lagen viele hundert Kilometer zwischen den Abteilungen. »Bei uns in Zweibrücken waren allein

die Hälfte kommt auch aus Kostengründen wieder zurück.« Nach der Erfahrung der Dortmunder Forscherin stürzen sich besonders kleine und mittlere Unternehmen oft sehr blauäugig ins Auslandsgeschäft.

Sie folgten dem Herdtrieb Richtung Osteuropa oder Asien und beachteten dabei nicht einmal einfachste Grundsätze. Viele schauten nur, was Arbeitskräfte oder Grundstücke kosten. Sie prüften aber nicht, ob sie Fachkräfte oder Material vor Ort auch wirk-

Spezialsand gibt, den die Gießerei braucht. Alles kein Problem, meinte der Geschäftsführer. Thailand hat schließlich Strände. Nur den Spezielsand gab es dort leider nicht.

Die niedrigen Löhne scheinen manchem Unternehmer den Blick zu trüben. So unterschätzen laut Karlsruher Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) Verlagerer oft die Anlaufphase. »Sie dauert meist zweieinhalb mal so lange wie geplant«, sagt Steffen Kinkel, Mitarbeiter des

Foto: Becker & Bredel



## »Im Moment platzen wir vor Arbeit aus allen Nähten.«

Betriebsratsvorsitzender Karl Metzger

20 Leute ständig damit beschäftigt, Teile nachzuarbeiten«, erzählt Metzger.

Der Betriebsrat drängte auf einen echten Kostenvergleich und schlug vor, Teile der Produktion zurückzuholen. Mit Erfolg. »Im Moment platzen wir vor Arbeit aus allen Nähten«, sagt Metzger. Neue Leute stellt Terex-Demag zurzeit zwar nicht ein. Aber die 150 Arbeitsplätze bleiben in Zweibrücken, und der Betrieb bildet wieder Schweißer aus. Von einfachen Rechnungen hat sich wohl auch die Geschäftsleitung verabschiedet, denkt der Betriebsrat: »Jedenfalls rechnen sie uns die Kosten für den Stahlbau nicht mehr in Kilopreisen pro Standort vor.«

Niedrigere Kosten sind das wichtigste Argument für Unternehmen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Doch nicht wenige fallen damit auf die Nase, sagt Anja Schulz, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Unternehmensführung der Universität Dortmund. »Zwar geht weit mehr als die Hälfte aus Kostengründen ins Ausland. Aber mehr als

Foto: obs / Jungheinrich AG



## Montage beim Gabelstaplerhersteller Jungheinrich

Seit Anfang des Jahres werden die Rahmen der Gabelstapler wieder in Norderstedt geschweißt. Das kostet das Unternehmen 93 000 Euro weniger, als in Tschechien produzieren zu lassen

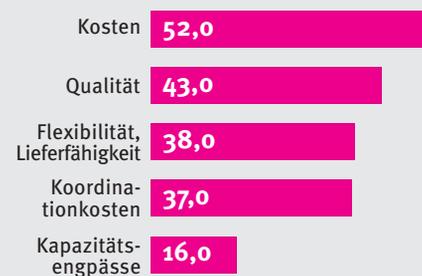
lich bekommen. Bedenken werden lässig beiseite gewischt, erzählt Anja Schulz. So wie im Fall einer Gießerei, die ihre Produktion von Nordrhein-Westfalen nach Thailand verlagerte. Niemand prüfte, ob es dort den

ISI. Hinzu kommen illusorische Vorstellungen davon, wie das Auslandsgeschäft geleitet werden soll. Anja Schulz beschreibt es mit dem Bild eines Satelliten, der ins All geschossen und per Telefon, Fax und E-Mail gesteuert wird. »Erst wenn die Raumstation in der Umlaufbahn kreist, merken sie, dass sie regelmäßig besucht werden muss.« So fallen Kosten an, mit denen die Unternehmen nicht gerechnet haben.

Für Anja Schulz heißt das nicht, dass kleine und mittlere Unternehmen zu Hause bleiben müssen. »Nur sollten sie aus einer relativ starken Position heraus im Ausland investieren und nicht, um sich in Deutschland gesund zu schrumpfen.« Wer Krisen durch eine Verlagerung bewältigen will, könne es genauso gut mit Glücksspiel versuchen. »Im Ausland ist es immer schwieriger. Die Unternehmen gehen ein großes Risiko ein, das einige auch nicht überleben.«

Brenzlig wird es häufig, weil unter der Verlagerung auch die Qualität leidet. Rolf

### Zurück der Kosten wegen



Es gibt mehrere Gründe für Unternehmen nach Deutschland zurückzukehren. Ganz vorne liegen die Kosten. (Angaben in Prozent)

Quelle: Fraunhofer ISI, © metall-grafik

2003

Henning, Pressesprecher der Deutschen Gesellschaft für Qualität, erinnert sich an einen Fernsehgerätehersteller, der mit seiner Produktion nach Asien ging. »Am Ende kostete es ihn so viel Zeit und Kapazität, die Fehler auszubessern, dass er nicht mehr dazu kam, seine Produkte weiterzuentwickeln.« Doch beim Kampf um Märkte zählt die Qualität. Der Fernsehhersteller überlebte sein Auslandsabenteuer nicht. Niemand kennt die Zahl derer, denen das Auslandsgeschäft das

Angebot, das bei näherem Hinsehen allerdings seine Attraktivität verlor. Da in der ungarischen Produktion mehr Menschen arbeiteten, wäre der Kostenvorteil schon bei einem Anstieg auf 35 Prozent weg gewesen.

Häufig geht es beim Vergleich zwischen dem heimischen Standort und dem Zielland auch nicht ganz fair zu, wenn sich veraltete Betriebe mit dem neuen Werk auf der grünen Wiese messen lassen müssen. Auch wird die Alternative, den heimischen Standort zu mo-

gen fahren die Stapler von einem Arbeitsplatz zum nächsten. Das macht die Fertigung flexibler als ein starres Fließband. Außerdem schaffte das Unternehmen Schweißroboter an, und damit kam die Produktion der Fahrzeugrahmen zurück nach Norderstedt. Die Rückverlagerung brachte zwar nur wenige Arbeitsplätze. Aber für den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Wolfgang Erdmann zählt noch etwas anderes: »Unsere Produktion ist wesentlich stabiler geworden. Wir müssen jetzt nicht mehr darauf warten, ob der Lkw mit den Teilen kommt oder nicht.«



**»Nur wenige Unternehmen rechnen durch, was passiert, wenn sich die Dinge deutlich positiver oder negativer entwickeln als erwartet.«**

**Steffen Kinkel, Fraunhofer Institut Karlsruhe**



**»Unternehmen sollten aus einer relativ starken Position heraus im Ausland investieren und nicht, um sich in Deutschland gesund zu schrumpfen.«**

**Anja Schulz, Universität Dortmund**

Genick gebrochen hat. Von den Überlebenden kehrt etwa ein Fünftel bis ein Viertel nach zwei Jahren zurück. Das hat das Fraunhofer Institut in Karlsruhe erhoben. Bei ihren Befragungen stießen die Karlsruher Forscher immer wieder auf typische Planungsfehler. Erst im Ausland lernten viele den Wert des heimischen Netzwerks aus Zulieferern, Beratern oder Fachanwälten kennen. Es ist oft über Jahrzehnte gewachsen und lässt sich nirgendwo einfach aus dem Boden stampfen.

Viele unterschätzen auch die Dynamik des neuen Standorts. »Nur wenige Unternehmen rechnen durch, was passiert, wenn sich die Dinge deutlich negativer oder positiver entwickeln als geplant«, sagt Steffen Kinkel vom Fraunhofer Institut. Dabei können manchmal schon kleine Veränderungen große Pläne durchkreuzen. Das musste etwa ein Betrieb feststellen, der aus Kostengründen nach Ungarn verlagern wollte. Dort verdienten die Beschäftigten nur 30 Prozent des Einkommens ihrer deutschen Kollegen. Ein verlockendes

dernisieren, oft nicht durchgerechnet. Dabei kann das durchaus die billigere Variante sein, wie etwa die Firma Jungheinrich in Norderstedt bei Hamburg feststellte. Als der Gabelstaplerhersteller nachrechnete, kam er zu einem erstaunlichen Ergebnis: In Deutschland kostet ihn die Produktion der Fahrzeugrahmen mit Schweißrobotern rund 93 000 Euro weniger pro Jahr als die Handarbeit in Tschechien. Seit letztem Jahr wird wieder in Norderstedt geschweißt.

In den 90er Jahren hatte das Unternehmen die Fertigung der Rahmen nach Osteuropa verlagert, erzählt der Betriebsratsvorsitzende Sedat Bodur. »Die Begründung hieß: Kosten, Kosten, Kosten.« Stutzig machte ihn, dass ein Teil der Produktion in die Niederlande ging. Warum, fragte er sich, können die Holländer das billiger machen? Erst mit einer umfangreichen Analyse stießen sie auf das Geheimnis der Holländer. Sie waren einfach moderner.

Jungheinrich stellte seine Produktion auf moderne Fließfertigung um. Auf kleinen Wa-

### Auslandsgeschäft ist nie umsonst

Denn ähnlich wie beim Kranhersteller Terex-Demag gab es mit der Verlagerung Probleme. Teile kamen nicht rechtzeitig an, weil der Zulieferer in finanziellen Schwierigkeiten steckte oder der Weg durch halb Europa länger dauerte als geplant. »Das mussten wir in Norderstedt oft durch Wochenendarbeit ausgleichen«, erzählt Erdmann. Doch nicht alles ließ sich nacharbeiten. Wenn es Probleme mit der Qualität gab, musste der Lieferant überzeugt werden, das zu ändern. Das war nicht einfach. »Jungheinrich ist nicht VW oder Bosch. Wir haben nicht die Marktmacht, uns bei den Zulieferern einfach durchzusetzen«, sagt Erdmann. Der Betriebsrat predigte jahrelang gegen die Go-East-Philosophie an. Am Ende behielt er Recht. »Es freut einen schon, dass man vieles besser eingeschätzt hat als die Unternehmensseite, die von Beratern getrieben wurde«, sagt Betriebsratsvorsitzender Bodur.

Doch auch wenn die Erfahrungen mit dem Auslandsgeschäft manchmal bitter sind, umsonst sind sie nicht, findet die Dortmunder Wissenschaftlerin Anja Schulz. »Die Unternehmen haben eine Erfahrung gemacht. Vielleicht mussten sie dafür teuer bezahlen. Aber sie wissen den heimischen Standort wieder besser zu schätzen.«

**Fabienne Melzer**

Anzeige

**MetallRente** 

**Dein finanzieller  
Schutz  
bei Berufsunfähigkeit.**

**MetallRente.BU**

Info unter [www.metallrente.de](http://www.metallrente.de)



## Nichtraucherschutz

# Paffer, ab in die Ecke

**D**ie Räucherammer tu ich mir nicht an«. Ungemütlich kalt ist es, aber Giulio Garaio raucht seine Zigarette im Freien, neben dem Container, den die Firma auf dem Hof für die Raucher aufgestellt hat. Die meisten Kollegen und eine junge Kollegin des Lagerarbeiters haben sich in die »Räucherammer« verkrochen. Da gibt es Tische, Stühle, Heizung. Und zwei Fenster, damit die Nikotinschwaden abziehen können. Auch Gustav Gäbler meidet den Container, solange es draußen nicht klirrend kalt ist. Gäbler muss sich am Zeiterfassungsterminal ab- und anmelden, wenn er in die Zigarettenpause geht. Er kann so oft und so lange rausgehen wie er will – die Zeit muss er nacharbeiten. Diese Regelung gilt bei der Firma Deublin im hessischen Hofheim für alle Raucher, die Gleitzeit arbeiten. Zum Ausgleich müssen sie nicht mehr zu bestimmten Zeiten anwesend sein, die Kernzeit ist abgeschafft. Bei Deublin ist Tabakkonsum in Räumen generell nicht mehr erlaubt, seit sich nicht rauchende Angestellte immer wieder über den Nikotingeruch beschwert hatten.

Die Verbannung von Rauchern aus den Gebäuden kann zu Zoff führen. Vor allem, wenn sie in trostlose Winkel gescheucht werden oder bei Regen wie Fahrräder in einfachen Unterständen aufgereiht stehen.

**Raucher werden langsam, aber sicher von Verboten umzingelt. Politiker wollen Gaststätten und öffentliche Gebäude zu rauchfreien Zonen machen. Werden die Betriebe zur letzten Zufluchtsstätte für Nikotinsüchtige? Unwahrscheinlich. Denn auch immer mehr Firmen schicken sie vor die Tür oder in Raucherecken, um die Nichtraucher vor schädlichem Qualm zu schützen.**

Wie bei Philips in Hamburg, wo ein Chemielaborant Ende der 90er Jahre dagegen klagte, dass er seine Glimmstängel in einem »Raucherkäfig mit Zoo-Charakter« anzünden musste. Er fühlte sich angeprangert und sah seine Persönlichkeitsrechte beeinträchtigt. Die Richter konnten das allerdings nicht nachempfinden. Auch Aus- und Einchecken an der Stechuhr ist umstritten. Es gibt zwar keinen Streit mit Nichtrauchern, die meinen, sie müssten mehr arbeiten. Aber »wer Kaffee trinkt, gönnt sich auch mal drei Minuten Pause. Der Apfelesser auch«, sagt Michael

Presser, der Gesundheitsschützer bei MTU in Friedrichshafen ist. »Wo hört das denn auf?«

Statt im »Käfig« lassen die Raucher bei MTU den Dunst schon mal über der Klo-Kabine aufsteigen. Nicht immer zur Freude von Kollegen, die dort anderes vorhaben. Da kam es schon mal vor, dass Nichtraucher Intensivqualmern so lange auflauerten, bis sie ihr Gesicht zeigten, um sich dann über sie beim Betriebsrat zu beschweren. »Macht was. Wir haben die Schnauze voll.« In vielen Betrieben gibt es Streit, weil sich Nichtraucher durch Nikotingeruch in Kantinen, Sozialräumen und vor Getränkeautomaten belästigt fühlen.

Wer nicht raucht, hat einen Anspruch auf einen »tabakrauchfreien Arbeitsplatz«. Das steht in der Arbeitsstättenverordnung. Tabakqualm ist ein Gefahrstoff. 40 der mehr als 4000 chemischen Bestandteile sind erwiesenermaßen krebserregend. 80 bis 90 Prozent aller Lungentumore und chronischen Atemwegserkrankungen und bis zu 45 Prozent aller Erkrankungen der Herzkranzgefäße werden durch Rauchen verursacht. Der »Camel«-Mann ging so lange »meilenweit für eine Camel-Filter«, bis er mit 56 Jahren an Lungenkrebs starb. Kurz danach verschieden auch die zwei »Marlboro«-Werbemänner an Krebs. Nach Untersuchungen sterben in Deutschland jedes Jahr rund 140 000 Raucher an den Folgen ihrer Sucht – und

### Rechte im Betrieb

#### Regelungen müssen Rauchern und Nichtrauchern gerecht werden

- ▶ Nichtraucher haben Anspruch auf einen rauchfreien Arbeitsplatz (Paragraf 3 Arbeitsstättenverordnung): Dieses Recht können sie notfalls einklagen. Arbeitgeber müssen sie vor den Gesundheitsgefahren und Belästigungen des Passivrauchens schützen.
- ▶ Geschäftsleitungen können nicht einseitig Rauchverbote durchsetzen, aber mit dem Betriebsrat Betriebsvereinbarungen schließen, in denen Rauchen in Betriebsgebäuden untersagt wird. Firmen sind nicht verpflichtet, Raucherzonen oder -räume einzurichten.

Jeder mündige Bürger hat die Freiheit zu rauchen. Zigaretten im Freien auf dem Betriebsgelände können ihm nicht verwehrt werden. Es steht Arbeitgebern auch nicht zu, Verbote durchzusetzen, um Raucher von ihren Gewohnheiten abzubringen.

- ▶ Viele Betriebe bieten mit Krankenkassen Entwöhnungskurse an. Betriebsräte können darüber Auskunft geben.
- ▶ Weitere Infos durch die IG Metall-Broschüre »Nichtraucherschutz im Betrieb«, im Internet: [www.igmetall.de/gesundheit/praxis](http://www.igmetall.de/gesundheit/praxis)



Foto: Frank Rumpfenhorst

3300 Nichtraucher, die gezwungen waren, den Qualm einzusatmen. In vielen Ländern ist Rauchen am Arbeitsplatz gesetzlich verboten. In Deutschland nicht. Hier ist es aber in mehr als einem Drittel aller Firmen durch interne Vereinbarungen untersagt. Das fand der Personaldienstleister Randstad per Umfrage heraus.

### Appelle zur Rücksicht

In den meisten Betrieben gibt es nur Appelle, dass Raucher Rücksicht auf Nichtraucher nehmen sollen. Wie bei MTU: Nur wenn sich ein Abstinenzler beschwert, soll der Konflikt zu seinen Gunsten gelöst werden. Wie ist nicht festgelegt.

Wenn Firmenchefs dem Rauchen den Kampf ansagen, geschieht das nicht nur aus Fürsorge. Raucher stehen für manche von ihnen in dringendem Tatverdacht, wegen der Zigarettenpausen weniger zu arbeiten und öfter krank und erwerbsunfähig zu werden, kurz: Kosten zu verursachen: Es kommt vor, dass Raucher schon bei Einstellungsgesprächen ausgesiebt werden. Generelle Verbote sind die billigste Lösung, »richten aber im

### Raucher müssen draußen bleiben bei der Firma Deublin in Hofheim: In den Grünanlagen stehen Holzische und -bänke und im Hof ein Container als Unterschlupf bei schlechtem Wetter

Betrieb hohen Flurschaden an«, sagt Betriebsrat Presser. Sie vergiften das Klima, spalten die Belegschaften. Darum lehnen Betriebsräte sie ab. Und ohne ihr Okay darf keine Firma Rauchen im Betrieb generell untersagen. Auch Prämien oder Zusatzurlaube für Nichtraucher können Unfrieden in die Belegschaften bringen. »Solche Diskussionen lassen wir nicht zu. Das unterstellt ja, dass Raucher weniger arbeiten«, sagt Willi Gerelli, der eine Betriebsvereinbarung zum Nichtraucherschutz bei Salzgitter Flachstahl mit erarbeitet hat. »Angebote zur Entwöhnung und Aufklärungsgespräche sind fairer und hilfreicher.«

Jede und jeder Dritte raucht. Wer süchtig ist, lässt sich nicht durch den Krebsdod eines Rudi Carrell, durch Bilder schwarzer Teerlungen und Hinweise auf Knitterhaut und gelbe Zähne bewegen, ein neues rauchfreies Leben anzufangen. Und auch nicht durch Verbote. Betriebsräte setzen darum auf einvernehmliche Regelungen.

In der Betriebsvereinbarung der Firma Fife-Tidland in Kelkheim steht: »Raucherinnen und Raucher haben während ihrer Arbeitszeit das Recht, unter würdigen Umständen zu rauchen.« Bei MTU will der Betriebsrat »bistroartige Raucherinseln« mit gutem Entlüftungssystem erreichen. Problem: Das kostet Geld. »Meine Vision ist die rauchfreie Fabrik«, sagt Presser, »aber nicht durch Zwang, sondern durch Aufklärung.«

Sylvia Koppelberg

Anzeige

**MetallRente** 

**Betriebliche  
Altersvorsorge  
mit MetallRente.bAV  
Das zahlt sich aus!**

Info unter [www.metallrente.de](http://www.metallrente.de)

# Den Versicherten wird immer **mehr** abverlangt



**Arbeitsplatz bei MAN-Roland: Soziale Belastungen für Beschäftigte immer höher**

**metall** 9/2006: Titel: Es trifft die Falschen

► Nach über 40 Jahren Mitgliedschaft möchte ich Euch für Euren Artikel herzlich danken. Ich bin davon überzeugt, dass gerade bei der Gesundheitsreform ein Entgegenstemmen absolut notwendig ist. Den Versicherten wird immer mehr abverlangt, vor allen Dingen Rentnern und chronisch Kranken, die eine Kopfpauschale sicher am stärksten treffen würde.

**Norbert Weyers, Köln**

► Natürlich ist es wichtig, wenn in **metall** der ganze Unsinn der Reformpläne wie Kombilöhne, Rente mit 67, Kopfpauschale oder Verringerung der Unternehmenssteuern immer wieder aufgespießt und gezeißelt werden. Die Standortentscheidung eines Managements wird sich davon nicht beeinflussen lassen. Also nicht mären – organisiert etwas, lasst die Muskeln der Metallerinnen und Metaller spielen. Die Zeit des Kungelns ist längst vorbei in der globalisierten Heuschrecken-Bundesrepublik.

**Wolfgang Roblick, Schloßborn-Glashütten**

► Mit der so genannten Gesundheitsreform sind weitere Belastungen für die Bevölkerung, besonders für die Rentner, zu befürchten. Hinzu kommen noch

weitere Einschnitte im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Besonders skandalös: Noch immer gibt es zu wenig Ausbildungsplätze. Junge und Alte werden verstärkt gegeneinander ausgespielt. Doch die Probleme im Haushalt und am Arbeitsmarkt werden nicht mit Sozialabbau und

Renteneinbußen zu lösen sein.

**Dieter Waßmuth, Sprecher des Seniorenarbeitskreises der IG Metall-Verwaltungsstelle Düsseldorf**

## Sehr lobenswert

**metall** 9/2006: Die Menschenrechte, Artikel 25 (2): »Kinder haben Anspruch (...)«

► Mir fällt zum wiederholten Male auf, dass in der Rubrik »Serie« die Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vorgestellt und durch aktuelle Beispiele anschaulich gemacht werden. Das erachte ich als sehr lobenswert. Gerade unter dem Aspekt, dass die Allgemeine Er-

klärung von manchen als das »am besten gehütete Geheimnis« bezeichnet wird. Daran ist sicher viel Wahres. Es ist immer wieder festzustellen, dass auch so genannte Multiplikatoren nicht wissen, was in ihr steht.

**Christa Christlieb, Salzgitter**

## Keine Bettler

**metall** 9/2006: Grundsicherung: Im Alter würdevoll leben

► Rentner sollten prüfen, ob ein Anspruch auf Grundsicherung besteht. »Lustig« wird es nach dessen Abgabe. Dann kann man die Macht eines Sachbearbeiters in der Behörde kennen lernen. Trotz allem: Macht weiter so, denn es geht um bedürftige Menschen, nicht um Bettler.

**Dieter Gerlach, Berlin**

**E-Mail:**  
[metall-leserpost@igmetall.de](mailto:metall-leserpost@igmetall.de)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

## Impressum

**metall** Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
60329 Frankfurt am Main  
Telefon 069-66 93-24 45,  
Fax 0 69-66 93-80-2000  
E-Mail: [metall-redaktion@igmetall.de](mailto:metall-redaktion@igmetall.de)

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann  
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund  
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus  
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner  
Internet: [www.igmetall.de/metall](http://www.igmetall.de/metall)

Anzeigen: Peter Pagel  
Telefon 061 51-81 27-0,  
Fax 0 61 51-89 30 98  
E-Mail: [pagel@zweiplus.de](mailto:pagel@zweiplus.de)

Vertrieb: Reinhold Weißmann  
Telefon 069-66 93-22 24,  
Fax 0 69-66 93-25 38  
E-Mail: [vertrieb@igmetall.de](mailto:vertrieb@igmetall.de)

**metall** erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.  
Druck: apm AG, Darmstadt.



## Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: [vertrieb@igmetall.de](mailto:vertrieb@igmetall.de)

**Barbara Beck ist Betriebsrätin bei BMW, Mitglied des IG Metall-Beirats und Sprecherin der Frauen in der Automobilindustrie der IG Metall. Bei BMW steht sie für die Einrichtung familienfreundlicher Lösungen und bessere Chancen für Frauen – »Ein langer Kampf«.**

**Metallerin Barbara Beck: »Das Schöne an unserer Betriebsratsarbeit ist unser Netzwerk«**



Foto: Gerhard Blank

Zu Besuch bei

# Barbara Beck

**metall-Mitarbeiter Dirk Erb sprach mit der BMW-Betriebsrätin über die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit – und über Frauen, Macht und Arbeitswelt**

»Technikverliebt« ist sie bis heute. Sie hat eine Schwäche für Autos mit viel Elektronik. Eine Frau, die sich immer in Männerdomänen behauptet hat.

Angefangen hat Barbara Beck, Jahrgang 1953, als technische Zeichnerin im Stahlwerk Salzgitter. Dann besuchte sie eine Fachschule für Maschinenbau – das war als Frau vor 30 Jahren sehr ungewöhnlich. Drei Jahre arbeitete Barbara Beck als Konstrukteurin. Als ihr Sohn geboren wurde, war damit Schluss. Doch dank einer Freundin, die als Tagesmutter einsprang, konnte sie eine Umschulung zur Technikinformatikerin machen.

1985 beginnt ihre erfolgreiche berufliche Laufbahn in der Motorenentwicklung bei

BMW in München. »Mein Mann war im öffentlichen Dienst und hat sich um unseren Sohn gekümmert. Wir haben gezielt gemeinsam in meine Karriere investiert. Mit Maschinenbau und Informatik hatte ich damals großartige Chancen auf dem Arbeitsmarkt.«

Seit ihrer Ausbildung ist Barbara Beck in der IG Metall. Damals war sie Jugendvertreterin. Bei BMW will sie wieder bei der IG Metall mitmachen. Doch als Frau und Führungskraft hat sie es doppelt schwer. 1989 wird sie schließlich in den Betriebsrat gewählt. Gleichzeitig beginnt sie sich für den Aufbau von Kinderbetreuung zu engagieren, organisiert Veranstaltungen und macht Druck im Unternehmen. »Das Thema

Familie und Kinder bei BMW voranzubringen, war ein langer Kampf.«

Doch die Unternehmenskultur hat sich seither gewandelt. 1992 wird die erste Kindertagesstätte der »BMW Strolche« als »betriebsnahe Elterninitiative« unweit des Münchner BMW-Werks eröffnet. Bis heute sind drei weitere in München, Regensburg und Dingolfingen dazugekommen.

Der Betriebsrat hilft Eltern bei der Wahl individueller Lösungen. »Elternzeit wird immer häufiger auch von Männern in Anspruch genommen. Wenn Männer fragen: Ist das karriereschädigend? Dann sage ich: Ja. Wie für Frauen auch.« Jetzt hat Barbara Beck die Elternbetreuung an ihre Kollegin Monika Steiner abgegeben, die selbst zwei kleine Kinder hat. »Das sollte immer jemand machen, der selbst betroffen ist.«

Die Chancen von Frauen bei BMW haben sich seit Barbara Becks Amtsantritt deutlich erhöht. BMW versucht gezielt, junge Frauen für eine technische Ausbildung zu gewinnen. Ihr Anteil liegt heute bei über 20 Prozent. Wie ihre männlichen Kollegen werden sie dank der Arbeit des Betriebsrats in der Regel unbefristet übernommen.

Auch in Führungsfunktionen sind Frauen heute deutlich stärker vertreten. Der Vorstand ist allerdings noch reine Männerdomäne. »Einerseits wollen Männer keine Macht abgeben. Andererseits ist Frauen oft nicht klar, was sie wollen. Sie verfolgen ihre Ziele gegen Widerstände nicht beharrlich genug.« Ähnliche Erfahrungen hat sie auch bei der IG Metall gemacht, wo sie als Mitglied des Automobil-Arbeitskreises beim Vorstand seit fast 15 Jahren die einzige Frau ist.

Ihre Rolle als Betriebsrätin definiert Barbara Beck als Coach und Beraterin. Sie hilft, Lösungen zu finden. »Frauen und Eltern müssen ihre individuellen Lebenspläne und Ansprüche selber formulieren. Das kann kein Stellvertreter machen. Wir helfen, Rahmenbedingungen realistisch einzuschätzen, und die richtige Strategie zu entwickeln.«

Vieles bei ihrer Arbeit als Betriebsrätin läuft über Netzwerke und Kontakte. Nur so wurde die Einrichtung familienfreundlicher Lösungen möglich. Nur so schafft sie es, tatsächlich alle Auszubildenden unterzubringen. »Das schöne an der Betriebsratsarbeit ist unser Netzwerk: Du kannst mit jedem reden, vom Azubi bis hin zum Vorstand.«

Burnout

# Arbeiten - bis der Akku leer ist

Höchstleistung am Arbeitsplatz, dauerhafte körperliche Erschöpfung und fehlendes Privatleben: Das macht krank. Bereits neun Millionen Beschäftigte leiden unter emotionaler Erschöpfung. Sie sind ausgebrannt. Es droht ein Burnout.



Illustration: FS

**B**urnout ist eine Krankheit. Herzrasen, Bluthochdruck, Schlafstörungen, Erschöpfung, innere Anspannung, Angstzustände bis hin zur Depression: So lauten die Symptome. Burnout, das heißt Arbeiten bis der Akku leer ist. Erste Warnsignale sind häufig Nervosität und erhöhte Reizbarkeit auf der einen Seite, ständige Selbstzweifel auf der anderen Seite. Die Ursachen hierfür können mannigfaltig sein. Nicht selten beginnt der Burnout mit einer Beförderung, einer Umstrukturierung, der Angst um den eigenen Job oder gar mit einem Jobwechsel.

Fast jeder spürt es am eigenen Leib: Die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz nehmen stetig zu. Etwa ein Drittel der Beschäftigten im industriellen, aber auch im Dienstleistungsbereich geben eine permanente Überbelastung bei der Arbeit an.

Burnout betrifft besonders stark die sehr engagierten und hochmotivierten Mitarbeiter. Sie versuchen ihr Bestes zu geben, gelten als tüchtig und werden dadurch bei der Selbstausschöpfung bestärkt. Dies führt immer häufiger bis zum körperlichen Zusammenbruch. Die Engagierten und Motivierten kommen schnell in die Spirale der fehlenden Erholung. Es entwickelt sich eine regelrechte Arbeitssucht - ein übersteigertes Verlangen nach Arbeit. Ein Burnout-Syndrom kann durch ständigen Zeitdruck, fehlende Anerkennung, Mobbing, aber auch durch mangelnde Qualifikation und starke Arbeitsverdichtung gefördert werden.

Meist wirken sich diese arbeitsbedingten Probleme schnell auf das Privatleben aus. Auch dort überwiegen dann die Aktivität und die extreme Beanspruchung der eigenen Ressourcen. Körperlicher Ausgleich, Entspannung und die Pflege der sozialen Kontakte werden vernachlässigt. Die Folge sind emotionale Erschöpfung, reduziertes Leistungsvermögen, das Gefühl den Anforderungen nicht mehr zu genügen.

Die stetige Zunahme an Burnout-Syndromen und die ansteigenden psychischen Belastungen bei der Arbeit müssen im Zusammenhang mit den derzeitigen Arbeitsbedingungen gesehen werden. Zwar ist auch die persönliche Veranlagung, mit Stress umzugehen, ein wichtiger Punkt, wie Menschen mit emotionaler Erschöpfung umzugehen. Jedoch müssen die Arbeitsbedingungen im Blick auf das Risiko eines Burnouts hinterfragt werden.

Doch was kann man als Betroffener tun? Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet den Arbeitgeber, Gefährdungen der Gesundheit in jeder Hinsicht zu ermitteln. In einem guten Arbeits- und Betriebsklima fallen Betroffene oft sehr schnell auf. Auch wenn Burnout noch immer zu den Tabu-Themen im Betrieb gehört, muss hier vorbeugend gehandelt werden. Die Beschäftigten, aber auch der Betriebsrat sowie die Schwerbehindertenvertreter und die Vertrauensleute müssen Missstände hinsichtlich psychisch belastender Arbeitsbedingungen aufzeigen. Nicht selten haben sich burnout-betroffene Kollegen viele Sympathien verspielt. Den Betroffenen als Ansprechperson zur Verfügung stehen und miteinander zu sprechen, kann den ersten Schritt zur Linderung der Symptome

bedeuten. Auch der Betriebsarzt kann ein Ansprechpartner für Ausgebrannte sein. Er unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht und gibt erste professionelle Hilfestellung.

Gute Arbeitsbedingungen, abwechslungsreiche Tätigkeit und ein gutes Betriebsklima können psychische Belastungen am Arbeitsplatz deutlich verringern. Das Burnout wird verhindert.

#### Informationen zum Thema:

► **Gesünder @arbeiten:** »Tipp 12 – Burnout – Ausgebrannt und weggeworfen?« Ausgabe 12, März 2001 (kostenlos unter [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)).

► **AOK-Broschüre:** »Weniger Stress im Job«, Informativ-Broschüre mit Alltagstipps und Stresstest. ◀

Ute Merz

## BURNOUT-PRÄVENTION BEI DER ARBEIT

- **Kurze Erholphasen:** Die Arbeitswut muss unterbrochen werden. Dies beugt der Erschöpfung vor. Stress kann nur schwer kurzfristig abgebaut werden. Aber durch kurze Entspannung können Stresssituationen entschärft werden. Tiefes Durchatmen, ein kurzer Spaziergang in der Mittagspause oder einfach mal die Treppen statt den Lift benutzen bringen den Kreislauf in Schwung und helfen, Stress zu reduzieren.
- **Realistische Terminplanung:** Nicht alles ist im Arbeitsalltag planbar, Zeitdruck steht oft im Mittelpunkt. Schaffen Sie sich eine »terminfreie Zeit«, um beispielsweise die anfallende Mail-Flut zu bearbeiten.
- **Lachen mit Kollegen:** Lachen ist gesund. Es stärkt das Immunsystem und

baut Stress ab. Gemeinsam Lachen verbessert den Teamgeist und bringt Spaß an der Arbeit.

► **Alkoholpause:** Droht die totale Erschöpfung, kann der Alkoholkonsum schleichend ansteigen. Die geistige Leistungsfähigkeit nimmt ab und längerfristig kann der Schlaf gestört werden. Als Empfehlung gilt: Alkoholpause von vier bis sechs Wochen.

► **Medizinische und therapeutische Hilfe:** Lassen sich die Arbeits- und Lebensgewohnheiten nicht mehr selbst verändern, ist ein fortgeschrittenes Stadium des Burnouts erreicht. Jetzt kann nur noch mit professioneller Hilfe Schritt für Schritt die Situation verbessert werden. Steht die Diagnose »Burnout« fest, übernimmt die Krankenkasse die Kosten der Behandlung.

## BURNOUT-PRÄVENTION GANZ PRIVAT

- **Gezielte Entspannung:** Bereits 20 Minuten Entspannung helfen einem Burnout vorzubeugen. Das kann das Hören der Lieblings-CD, ein gemütlicher Spaziergang oder ein heißes Bad sein.
- **Regelmäßige Bewegung:** Aktive Bewegung für 30 Minuten baut aktiv Stress ab. Etwa zwei Mal pro Woche können Walking, Schwimmen, Fahrradfahren oder auch Tanzen einen körperlichen Ausgleich schaffen.

► **Zeit für die Partnerschaft:** Rückhalt in der Partnerschaft, der Familie oder dem Freundeskreis ist eine große Hilfe zum Abschalten von der Belastung bei der Arbeit. Ein Abend die Woche sollte für Partner oder die Freunde reserviert sein.

► **Handy ausschalten:** Das Gefühl, nicht jederzeit erreichbar zu sein, schafft Freiräume für die eigenen Bedürfnisse und Interessen.



# RECHT SO



**metall:** Am 18. August trat nach langem Vorlauf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Es soll die Diskriminierung sowohl im zivil- als auch im arbeitsrechtlichen Bereich vermeiden. Was nutzt mir das Gesetz am Arbeitsplatz?



**Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen**

**Carsten Schuld:** Wegen der umfangreichen Berichterstattung in den Medien sind die Erwartungen an dieses Gesetz etwas hoch. Was das Gesetz wirklich leistet, wird sich erst in der Rechtsprechung zeigen. Wichtig ist aber, dass endlich die europäischen Vorgaben in nationales Recht umgesetzt wurden. In Fällen von Diskriminierung bietet das Gesetz jetzt erweiterte Handlungsmöglichkeiten. Ziel des Gesetzes ist, umfassend vor Diskriminierungen besonders im Erwerbsleben zu schützen. Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischen Herkunft, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, des Geschlechts und der sexuellen Identität sollen verhindert oder beseitigt werden.

Die Ausschreibung von Stellen, Stellenbesetzungen, Kündigungen und Regelungen der betrieblichen Altersversorgung müssen diskriminierungsfrei sein. Zu den wesentlichen Neuerungen gehört, dass der Arbeitgeber eine Stelle einrichten muss, bei der sich Betroffene im Falle einer Benachteiligung beschweren können. Dies kann er gemeinsam mit den Betriebsräten

über eine Betriebsvereinbarung tun. Arbeitgeber müssen die Belegschaft auf die Regelungen des AGG und die Beschwerdemöglichkeit hinweisen. Wenn Arbeitgeber ihre Beschäftigten nicht ausreichend vor Diskriminierung schützen, können Gewerkschaften und Betriebsräte diesen – auch ohne Einwilligung der betroffenen Person – vor dem Arbeitsgericht verklagen. In massiven Fällen von Diskriminierung sind die Betroffenen berechtigt, ihre Tätigkeit ohne Verlust des Arbeitsentgelts einzustellen, soweit dies zu ihrem Schutz erforderlich ist (Leistungsverweigerungsrecht). Bei nachgewiesener Diskriminierung besteht ein Anspruch auf Schadensersatz oder Entschädigung. Dieser muss binnen zwei Monaten schriftlich gegenüber dem Arbeitgeber geltend gemacht werden. ◀

▶ **Weitere Fragen** rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.



## Qualifizierung

# SCHLAU PER TARIF

**Das Recht, sich beruflich zu qualifizieren, hat die IG Metall in der Tarifrunde 2006 erkämpft. Was können die Beschäftigten nun konkret tun? Was steht ihnen zu, wenn sie sich weiterbilden wollen?**

Qualifizierung ist nötig – aus verschiedenen Gründen: Um das persönliche Wissens- und Kompetenzniveau zu halten und weiterzuentwickeln; um sich an neue Anforderungen am Arbeitsplatz anpassen zu können; sich auf andere Aufgaben vorzubereiten oder um sich für eine höherwertige Stelle vorzubereiten. Auch eine (bezahlte) Freistellung, um sich über die Grenzen des betrieblichen Bedarfs weiterbilden zu können, ist jetzt möglich.

### Was ist sinnvoll?

Die Voraussetzung für die Qualifizierung nach Tarifvertrag ist, dass sich im Betrieb etwas ändert – was allerdings praktisch täglich geschieht. Für alle, die sich qualifizieren wollen, heißt der erste Schritt dann: Bestandsaufnahme. Wo stehe ich? Wo will ich hin? Welche Bildungsmaßnahmen wären sinnvoll für mich? Zu diesen Themen muss der Vorgesetzte einmal im Jahr ein Mitarbeitergespräch führen – mit jedem einzelnen Beschäftigten. Kommt der Chef von sich aus nicht auf die Idee, kann

der Beschäftigte darauf drängen: Das Recht auf ein Mitarbeitergespräch ist tariflich verankert. Im Zweifelsfall steht der Betriebsrat mit Rat und Tat zur Seite.

Natürlich ist es hilfreich, wenn man mit einer richtigen Strategie in das Gespräch geht. Zum Beispiel ist es wenig sinnvoll, eine Maßnahme vorzuschlagen, die dem Betrieb keinen Nutzen bringt. Denn profitieren sollen ja beide Seiten: der Beschäftigte, der seinen Horizont erweitert, und das Unternehmen, das qualifizierte und motivierte Mitarbeiter braucht.

Deshalb genau hinschauen: Was verändert sich an meinem Arbeitsplatz? In welchem Bereich fühle ich mich nicht fit? Ein gutes Argument ist mehr Flexibilität. Wenn alles gut läuft, decken sich Interessen von Beschäftigtem und Betrieb und es kann losgehen mit der Qualifizierung. Sollte das nicht der Fall sein, können Arbeitnehmer die geplante Maßnahme auch gegen den Arbeitgeber durchsetzen – so steht es im Tarifvertrag. Auch hier hilft der Betriebsrat. Wenn er von der Sache überzeugt ist, kann er die Angelegenheit von einer Einigungsstelle entscheiden lassen. IG Metall-Mitgliedern hilft der Jobnavigator. Internet: [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de) ▶ Weiterbildung ◀

**Gabriele Prein**

### Ansprechpartner in Sachen Qualifizierung

- ▶ **Beim Betriebsrat** gibt es Auskunft über betriebliche Regelungen und Weiterbildungsangebote. Er kennt die Rechte der Arbeitnehmer und hilft bei Konflikten.
- ▶ **Der Arbeitgeber oder der Vorgesetzte** kann (und sollte) ebenso über die betriebli-

chen Möglichkeiten zur Weiterbildung informieren.  
▶ **Die IG Metall-Verwaltungsstelle** kann zu regionalen Weiterbildungsangeboten, tariflichen und gesetzlichen Freistellungsansprüchen Auskunft geben und bei der Durchsetzung helfen. ◀

Monatsrätsel ...

Arbeitnehmerorganisation	griech. Erdgöttin Fernsprecher (Abk.)	Gruben- oder Sumpfgas	orientalisches Frauenhaus	Zuhause	Abschiedsgrußwort	landwirtschaftliches Wort für: Amsel
Stockwerk			Gefährte Evas im Paradies			
Ziffer			19			
		Wortschwall				
	6	Stadt an der Etsch			12	
israel. Hafen am Golf von Akaba			zu einem früheren Zeitpunkt			
		16	Merkzettel			17
Staat am Schwarzen Meer	Maßnahme nach langer Krankheit (Kzw.)	Fallklotz Papageienvogel			2	Fernsehen: direkt gesendet
	9			Insel (frz.) Kurznachricht (Kzw.)		
		4	Operngestalt Keimgut, Samen			Viehhüterin
Rhonezufluss					20	vom Hundert (Abk.) kl. Furche
Kabarettlied				ungebunden		13
		18	Gartengerät			
Verfassungs-urkunde	Bundergarten-schau (Abk.)	Seemannsruf Drauzufluss			10	Rhein-zufluss bei Straßburg
		7	ärztl. Gehilfin (Abk.) Karteikartenreiter			5
eh. ARD-Anstalt (Abk.)				eh. ital. Währung (Abk.) Flüßchen in Baden		
Ballettrückchen			3			
leichter Rollkragenpullover					14	
glatter Stock	fertig gekocht, fertig gebraten			Großstadt am Rhein		11
	15					
		1	Halbton unter D			8

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20

\_\_\_\_\_

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 31. Oktober 2006 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Juli/August 2006: Kinderbetreuung

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder fünf IG Metall-Autosicherheitswesten als Extrapreis.

Zusätzlich verlosen wir zwei IG Metall-Fußbälle

**Der Zusatzgewinn im Juli/August 2006: Je ein IG Metall-Fußball geht an:**  
Thomas Machlitt, Garbsen  
Christiane Holler, Horn-Bad Meinberg

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: Eine Garnitur »Pons English in der Tasche«



2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis: IG Metall-Verbandkasten fürs Auto

Drei-Monats-Rätsel ... Teil 10

Wortschatz

- |   |  |
|---|--|
| <p>1) Adagio</p> <p>a) Spannvorrichtung ...TUE<br/>b) musik.: langsam.....ZUE<br/>c) Stadt in Spanien.....BDS<br/>d) Unwohlsein.....PER</p> <p>2) Cornichon</p> <p>a) kl. Pfeffergurke .....INER<br/>b) Traubensorte .....REIS<br/>c) Moselzufluss .....UMAS<br/>d) Enzym, Invertin ...ORAN</p> <p>3) Esoterik</p> <p>a) spanischer Tanz.....EMU<br/>b) Geschirr .....BRAUN<br/>c) Podium .....MEER<br/>d) Geheimlehre.....SCHO</p> | <p>4) Kaliko</p> <p>a) Bauhilfsstoff.....BAUM<br/>b) Karteikartenreiter .....EIS<br/>c) Arzneimittel.....TER<br/>d) Baumwollstoff .....ENEN</p> <p>5) Reizker</p> <p>a) Schaltelement .....MAL<br/>b) Schiffsgeländer.....RUDE<br/>c) Speisepilz.....BESCH<br/>d) nordischer Hirsch...CHR</p> <p>6) Tektur</p> <p>a) Distanzmessung .....PUL<br/>b) Fernrohr.....UTAMA<br/>c) Wärmeabfall .....STOM<br/>d) Deckblatt.....ERUNG</p> |
|---|--|

Kennen Sie die obigen Wörter? Bei richtiger Lösung ergeben die rechts stehenden Buchstaben, von oben nach unten gelesen, den ersten Teil unseres Kettenrätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 10 bis 12 auf eine Postkarte schreiben und bis 31. Dezember 2006 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie einen der drei Hauptpreise gewinnen. Und als Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 56 Euro.

**ANSCHLÄGE**

**Wir suchen zum baldmöglichsten Zeitpunkt einen Mitarbeiter auf 400-€-Basis**

Vorkenntnisse im Umgang mit Schweinen sind von Vorteil.

Sie arbeiten in unserem Besamungsberstall und sollten teamfähig und flexibel sein. Eine gründliche Einarbeitung ist selbstverständlich.

Arbeitszeit Montag ab 3.00 und Dienstag ab 4.30 Uhr.

Sie dürfen privat keinen Schweinekontakt haben.

Bitte Anfragen und Bewerbungen an:  
Schweinezuchtverband Baden Württemberg e.V.  
Besamungsstation Abstetterhof - [REDACTED]

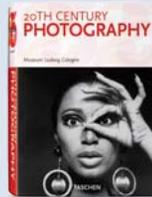
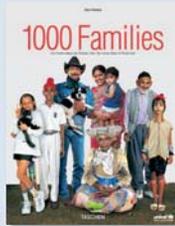
► **Anzeige aus der »Marbacher Zeitung«**

Selbstverständlich bedauern wir es außerordentlich und wiederholen es an dieser Stelle nochmals, dass wir aufgrund der schwierigen Situation in der Rohrleitungsbranche eine Reduzierung bei den Entgelten vereinbaren mussten. Zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung der entsprechenden Arbeitsplätze war dieser Schritt allerdings unumgänglich. Wir sind, und das gilt vor allem auch in kritischen Zeiten, eine Solidargemeinschaft, für die individuelle einzelvertragliche Regelungen mit wenigen Mitarbeitern keine praktikable Lösung sind. Der Solidaritätsappell ergeht an alle, übrigens auf bis zur Geschäftsleitung. Wir hoffen sehr, dass Sie sich dem anschließen können. Ihren Widerspruch zurückziehen und uns im Sinne des angesprochenen Teamgeistes in Richtung der kontinuierlichen Unternehmensentwicklung weiterhin unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

► **Schreiben der Firma Rohrleitungsbau Weber, Pulheim**

**Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von metall-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main**



**Erster Digital-Fotowettbewerb für Mitglieder der IG Metall**

Zum ersten Mal schreibt **metall** einen Fotowettbewerb aus zum Thema: »Mein Foto aus der Arbeitswelt.« Gefragt sind Digitalfotos (in Farbe oder schwarz-weiß) von Menschen, Arbeitsplätzen, Maschinen oder Materialien. **Einsendeschluss: 10. November. Teilnahmebedingungen:** Jedes Mitglied kann uns ein Digitalfoto von je maximaler Dateigröße von 500KB zumailen (Originalbilddatei sichern!).

► **Die Adresse: fotowettbewerb@igmetall.de**

Bitte jedes Foto einzeln in einer E-Mail mit Bild- und Absenderinformationen zumailen. **Wichtig:** In der Betreffzeile den Namen der beigefügten Bilddatei angeben, um eine einwandfreie Zuordnung der Bilder zu ermöglichen! Die Arbeiten werden auf eigenes Risiko eingesandt (keine Haftung). Die Einsender sichern zu, dass ihre Bilder nicht mit Rechten Dritter belastet und abgebildete Personen mit der Veröffentlichung einverstanden sind. Ansprüche Dritter werden vom Einsender erfüllt. Die Teilnehmer erklären sich mit der Teilnahme am Wettbewerb damit einverstanden, dass die Fotos im Zusammenhang mit dem Wettbewerb von der IG Metall mit Copyright-Vermerk veröffentlicht werden dürfen und im Rahmen einer Ausstellung gezeigt werden können. Geeignete Fotos stellen wir auch in einer Internet-Galerie mit Copyright-Vermerk aus. Die Gewinner werden von einer Fach-Jury der IG Metall ausgewählt und mit Sach- und Buchpreisen prämiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



# Retter oder Raubritter?



Foto: Michael Schmitz

## ULRICH ECKELMANN ÜBER FINANZINVESTOREN

dem Ziel hoher Renditen in den Fonds der Finanzinvestoren an. Von den Erträgen fließt natürlich nur ein kleiner Teil an uns zurück. Der größere bleibt bei den institutionellen Anlegern und Finanzinvestoren selbst. Finanzinvestoren sammeln

Geldgeber bedient und die Kredite finanziert werden – allerdings auf Kosten der Arbeitnehmer.

Wie Finanzinvestoren heute agieren, ist also alles andere als nachhaltig für Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Für Innovationen und Investitionen bleibt in den meisten von Finanzinvestoren dominierten Unternehmen wenig Spielraum.

**»Finanzinvestoren arbeiten nicht umsonst. Ihr einziges Ziel sind hohe Renditen. Finanzinvestoren sind deshalb nichts weiter als Instrumente ihrer ›Shareholder.«**

Die Missstände liegen aber vor allem in den Rahmenbedingungen für ihr Handeln. Die strikte »Shareholder Value«-Orientierung der Finanzinvestoren muss deshalb ordnungspolitisch begrenzt und sozialpoli-

kapital ein, um es dann wieder einzusetzen: zum Beispiel durch den Kauf von Unternehmen oder Firmenteilen. Getrieben vom Profitdenken gliedern Konzerne

tisch flankiert werden. Beispielsweise durch ihre Registrierung, eine stärkere Aufsicht, Anlagegrenzen und Haltefristen für Beteiligungen sowie durch Mindesteigenkapitalvorschriften. Pensionskassen sollte wegen hoher Risiken die Beteiligung an Hedge-Fonds untersagt werden. Denkbar ist auch ein Verhaltenskodex von Finanzinvestoren, der verbindlich Arbeitnehmer- und Beteiligungsrechte schützt. Es geht nicht darum, hierzulande Finanzinvestoren zu verbieten. Es geht darum, – und da hat Arbeitsminister Franz Müntefering völlig recht – zu verhindern, dass sie sich wie Heuschrecken aufführen.

**W**er sind Finanzinvestoren, woher kommt das Geld und wer treibt sie an? – Finanzinvestoren treten als »Hedge-Fonds« und »Private Equity-Fonds« auf. Der Grundstock für diese Fonds sind unsere Ersparnisse. Wir sparen zum Beispiel in einer Lebensversicherung oder bei unserer Pensionskasse etwas für das Alter. Diesen Kapitalstock legen institutionellen Anleger – das sind die, die unsere Ersparnisse verwalten – dann erneut mit

weniger profitable Bereiche aus. Außerdem bringen Wachstumsschwäche und struktureller Wandel viele Unternehmen ins Schlingern. Dann schlagen die Finanzinvestoren zu: Ihre Kasse beziffert sich auf mehr als 200 Milliarden Euro.

Mit diesem Geld können sie doppelt verdienen: erstens mit einer Super-Rendite für ihr eingesammeltes Kapital und zweitens mit einer Rendite, die höher ist als die Zinsen für das geliehene Kapital. Klar ist dabei auch: Die Banken verdienen kräftig mit.

Die Erwartungen an Finanzinvestoren werden immer höher geschraubt. Damit die Rendite stimmt, geben sie den Druck weiter. Neben dem preiswerten Einkauf von Unternehmen steht »Kostenmanagement« auf ihrer Tagesordnung. Das heißt: Zerschlagung und Verkauf profitabler Unternehmensteile, Werksschließungen, Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung und Verlängerung der Arbeitszeit. Das sind die Mittel, um hohe Ausschüttungen zu finanzieren, und die Kostenstrukturen für den baldigen profitablen Verkauf zu verbessern. Schließlich müssen die

Es ist nicht einzusehen, dass der Staat Finanzinvestoren sogar noch fördert, indem er Veräußerungsgewinne nicht besteuert. Auch die Steuerfreiheit für Finanzierungsaufwendungen ist kontraproduktiv und ungerecht. Das fördert Fehlinvestitionen, beschleunigt Finanztransaktionen und trägt zu risikoreichen Überhitzungen der Finanzmärkte bei. In der Metallindustrie stehen wir erst am Anfang, unsere Erfahrungen mit Finanzinvestitionen auszuwerten. Das soll in zwei Workshops im Oktober und November geschehen. Wir werden die Ergebnisse nicht nur in die Politik einbringen, sondern auch eigene Strategien entwickeln, wie wir mit negativen Folgen umgehen werden. ◀

### Zur Person

**Ulrich Eckelmann** ist Bereichsleiter Wirtschaft – Technologie – Umwelt beim Vorstand der IG Metall. Nach der Ausbildung zum Bankkaufmann studierte er Volks-, Betriebs- und Verwaltungswirtschaft. Danach arbeitete er 15 Jahre beim Statistischen Bundesamt und war dort lange Jahre Personalratsmitglied. Bei der IG Metall ist er seit 1988.

Es ist grässlich! Ich kann mir einfach keine Zahlen merken!

Na, sooo schwierig ist das ja nun auch wieder nicht!



0, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9  
- mehr isses doch nicht!



Zählung: Freimut Wiesner